

Aglaia Dane

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Argentinien

vom 24. Oktober bis zum 5. Dezember 2016

**Gegen den Gletscher-Strom
In Argentinien finanziert China viele große
Energieprojekte – Besonders zwei geplante
Staudämme sind umstritten.**

Von Aglaia Dane

Argentinien, vom 24. Oktober bis zum 5. Dezember 2016



Inhalt

1. Zur Person
2. Zwei geplante Staudämme bedrohen die Natur Patagoniens
 - 2.1 Das Raunen des Perito Moreno
 - 2.2 Piedra Buena – Vom Leben am Fluss
 - 2.3 Mangelnde Transparenz und Korruptionsvorwürfe
 - 2.4 3D-Kino statt Fische
 - 2.5 Der Traum vom Fortschritt
 - 2.6 Auf den Spuren von Darwin
 - 2.7 Ein Ende ist auch ein Anfang
3. Strom, Transport, Handel – Die wachsende Bedeutung Chinas in Argentinien
 - 3.1 Chinas Aufstieg zum strategischen Partner
 - 3.2 Das chinesische Engagement auf dem Prüfstand
 - 3.3 Wie sich China aktuell in Argentinien engagiert
4. Aussichten für die chinesisch-argentinischen Beziehungen
 - 4.1 Wir müssen China besser Kennenlernen
5. Zwischen Supermarkt und Barrio Chino – Chinesisches Leben in Buenos Aires
6. Unklare Kosten, fragwürdiger Nutzen – Ein Fazit

1. Zur Person

Wenn jemand „Moin“ und „Küüche“ mit sehr spitzem „ü“ sagt, ist die Sache relativ klar: Ein Nordlicht. In meinem Fall: Hamburgerin, waschecht, mit großer Liebe für Häfen, Grünkohl und Regencapes. Als Radiomoderatorin und Nachrichtenfrau musste ich mir allerdings einige sprachliche Eigenheiten abgewöhnen: „Beweehrung“ und „Oaganisation“ zum Beispiel. Ich übe immer noch. Dabei bin ich seit mittlerweile mehr als 10 Jahren beim Radio. Los ging es bei Mephisto 97.6, dem Radio der Universität Leipzig. In Leipzig habe ich auch studiert: Kulturwissenschaften, Spanisch und Journalistik. Und ich habe Sachsen lieben gelernt. Clara-Park, Thomaskirche, Cospudener See – wenn ich einmal anfangs, komme ich aus dem Schwärmen gar nicht mehr heraus. Seit dem Studium bezeichne ich mich mit großem Stolz als Wossi. Nach der Arbeit als freie Nachrichtenredakteurin bei MDR Info bin ich zum Deutschlandradio nach Köln gegangen. Erst für den Aufbau des neuen Internet-Senders DRadio Wissen (neuer Name: Deutschlandfunk Nova), später als Volontärin in allen drei Programmen. Seit einigen Jahren arbeite ich als freie Journalistin hauptsächlich für DRadio Wissen in der Nachrichtenredaktion. Im Deutschlandfunk moderiere ich regelmäßig eine Nachtsendung – die „Radionacht“. Ab und zu nehme ich mir Auszeiten für längere Reisen, die ich oft mit Recherche verknüpfe: In den letzten Jahren war ich im südlichen Afrika unterwegs, in Georgien und auch in Südamerika – unter anderem habe ich während der Weltmeisterschaft aus Brasilien berichtet. Mit Argentinien, eigentlich mit der gesamten Region am Río de la Plate, was Uruguay mit einschließt, fühle ich mich besonders verbunden. Ich war das erste Mal im Rahmen eines journalistischen Projekts der Deutschen Welle Akademie dort, später zog eine gute Freundin von mir nach Buenos Aires. Durch die Besuche entstanden neue Freundschaften. Mit den Menschen dort verbinde ich spontane Mate-Runden, lange Grillabende, leidenschaftliche Diskussionen über Politik, Fußball und das Leben. Die Freundin aus Buenos Aires hat mich auch auf das Thema der chinesischen Großprojekte in Argentinien gestoßen. Sie erzählte mir von den vielen Kraftwerken, Gleisen und Straßen, die mit Geld und Know-how aus China gebaut werden. Vor wenigen Tagen habe ich die Nachricht geschrieben, dass China inzwischen Deutschlands größter Handelspartner ist – vor Frankreich und den USA. China ist eine Weltmacht. Doch im täglichen Leben merken wir in Deutschland wenig davon. In Südamerika ist das anders. Wie verändert die Volksrepublik Argentinien? Das wollte ich herausfinden.

2. Zwei geplante Staudämme bedrohen die Natur Patagoniens

2.1 Das Raunen des Perito Moreno

Ich gebe zu, ich beginne diesen Text – ein bisschen effekthaschend – mit dem Worst-Case-Szenario. Aber der Protagonist dieses ungünstigsten aller Fälle liegt einfach unglaublich beeindruckend vor mir: Ein kilometerweites Eisfeld, das durch die Sonne so hell leuchtet, dass mir die Augen wehtun. Dazu knackt und ächzt das Eis. Ab und an ertönt auch ein lautes Donnern. Dann fällt wieder ein Eisbrocken ins Wasser. „Wow“, raunen zwei junge Männer ehrfürchtig, die neben mir auf der Aussichtsplattform stehen. Ich schweige, trinke meinen Mate und blicke nachdenklich auf die schneebedeckten Anden, die hinter der berühmten Gletscherzunge mit dem Namen Perito Moreno thronen. Vor dem Eisfeld hat das Schmelzwasser einen türkis-leuchtenden See gebildet, den Lago Argentino. Kann es wirklich sein, dass argentinische Politiker und chinesische Ingenieure diesen einzigartigen Ort in Gefahr bringen würden für ein bisschen Strom?

Das Risiko besteht, haben mir Umweltaktivisten und auch ein unabhängiger Ingenieur bestätigt. Wie groß es ist, das können sie schwer einschätzen. Deshalb finden sie, dass der argentinische Staat eine neue Umweltverträglichkeitsstudie anfertigen lassen muss. Die müsse klar ausschließen, dass die Gletscher im Süden Argentiniens Schaden nehmen könnten durch die Wasserkraftwerke, die ungefähr 200 Kilometer entfernt von hier gebaut werden sollen. Der Perito Moreno gehört schließlich zu den bekanntesten Naturschauspielen Südamerikas. Jedes Jahr kommen Hunderttausende Touristen hierher. Der Gletscher-National-Park gehört zum UNESCO-Weltkulturerbe und ist das drittgrößte Süßwasserreservoir der Welt. Die geplanten Staudämme KÖNNTEN die Gletscher verändern. Sicher ist das nicht. Klar ist aber, dass das Mega-Projekt ein harter Eingriff sein wird in die besondere Natur Patagoniens. Denn die zwei Dämme sollen den Río Santa Cruz stauen, einen fast vierhundert Kilometer langen Gletscherfluss, der sich bisher noch nahezu unberührt durch den äußersten Süden Argentiniens schlängelt. Ein türkisblaues Band, das bei den Gletschern entspringt, sich durch die karge Weite Patagoniens drängt, quasi ohne Einfluss von Industrie oder kommerziellem Fischfang und am Ende in den Atlantischen Ozean mündet.

2.2 Piedra Buena – Vom Leben am Fluss

Dort, am Beginn der Mündung, liegt die Kleinstadt Comandante Luis Piedra Buena. Ich habe mich da mit José Guzman verabredet. Er lebt in

Piedra Buena, ist selbstständiger IT-Techniker, eigentlich Literaturwissenschaftler und engagiert sich gegen den Bau der beiden Staudämme, die etwa 170 Kilometer entfernt von hier entstehen sollen – ungefähr in der Mitte des Weges zwischen den Gletschern und der Mündung. Eine Umweltaktivistin aus Buenos Aires hatte den Kontakt hergestellt. Es gibt nicht viele Menschen in Santa Cruz, die sich gegen die Wasserkraftwerke engagieren.

Wir treffen uns auf der Isla Pavón, einer kleinen Ausflugsinsel inmitten des Río Santa Cruz. José hat nicht nur seine Frau Mariana und die beiden Kinder mitgebracht, sieben und vier Jahre alt. Im Schlepptau hat er außerdem zwei befreundete Paare und ihre Kinder. Das erste Paar sind Silvana Comichi und ihr Mann Javier Lemos. Sie wohnen bei José um die Ecke, Silvana ist an der gleichen Schule Lehrerin wie Mariana, die Kinder sind im gleichen Alter wie seine. Das andere Paar sind Sergio Nahuelquir und Silvia Cretton. Sie wohnen in einem kleinen Nachbarort weiter die Mündung hoch. Beide sind Mapuche, die Ureinwohner dieser Region. Wir sitzen im Kreis auf Steinbänken, der Matebecher macht die Runde, die Kinder flippen flache Steine ins Wasser, so dass sie über die Oberfläche hüpfen. Im Hintergrund paddeln Kajakfahrer vorbei. „Der Fluss hat jeden Tag eine andere Farbe“, erzählt José Guzman. Je nachdem, wie das Wetter ist. Heute ist es ein sonniger Frühlingstag, keine Wolke am Himmel, deshalb ist der Fluss türkis wie ein extrem sauberer Swimming-Pool und eiskalt – Gletscherwasser eben.

Die drei Paare sind befreundet, treffen sich am Wochenende oft hier auf der Insel im Fluss. Häufig geht es da auch um die Staudämme und darum, wie man den Bau noch verhindern kann. „Wir machen uns Sorgen, dass die Kraftwerke diesen Fluss zerstören werden und die einzigartige Natur“, erzählt Javier Lemos. „Dieser Fluss ist der einzige Gletscherfluss Argentiniens und einer der wenigen der Welt, der noch ‚jungfräulich‘ ist.“ Javier geht zum Wasser, taucht seine Hand hinein, führt sie wie einen Becher zum Mund und trinkt. „Wo auf der Welt geht das noch, dass man Flusswasser einfach so trinken kann?“, fragt er und fährt sich mit der nassen Hand über das Gesicht. Bisher fließt das Wasser des Río Santa Cruz so wie es möchte durch die einsame Steppenlandschaft Patagoniens, in unzähligen kleinen Kurven. Der Fluss wurde nie begradigt, an seinen Ufern gibt es keine Industrie, nur ein bisschen Landwirtschaft – Vieh, das mit Flusswasser getränkt wird. Doch der Mensch hat diesen Fluss bisher kaum beeinflusst. Kein Wunder, denn mit einem Einwohner pro Quadratkilometer ist Santa Cruz eine der am wenigsten besiedelten Regionen der Erde. Wenn die Kraftwerke entstehen, wäre es mit der Unberührtheit vorbei. Erst würde der Flusslauf verändert, um die Dämme zu bauen, dann würde der Fluss wieder in sein altes Bett zurückgeleitet. Und von da an würde der Flusspegel dauer-

haft künstlich reguliert. Je nachdem, ob die Argentinier gerade Strom brauchen oder nicht, würde das Wasser gestaut oder die Schleusen geöffnet. Der Wasserpegel würde sich verändern, neue Überflutungsgebiete würden entstehen, die Rede ist von 32.000 Hektar, in etwa die Fläche von Bremen. Andere Gebiete würden eine Zeit lang vielleicht austrocknen. Da es in direkter Nähe zu den geplanten Dämmen keine Dörfer oder Städte gibt, wäre der Mensch nicht betroffen, aber viele Tiere. Guanakos, eine Lama-Art, Hasen, Füchse, Pumas – sie alle leben am und vom Fluss. Er ist oft die einzige Wasserquelle in der Gegend. Die Anden lassen keine Regenwolken durch in diesen Teil Patagoniens, deshalb ist die Region trocken, eine Halbwüste. Kilometerweit Felsen, Geröll, Büsche und Sträucher. Besonders wichtig ist der Fluss für den Macá Tobiano – auf Deutsch: Goldscheiteltaucher. Das ist ein endemischer Wasservogel, der vom Aussterben bedroht ist. Die beschwichtigenden Worte der Provinzpolitiker von Santa Cruz, die sagen, dass die Auswirkungen auf die Umwelt schon nicht so schlimm sein werden, glauben die Familien nicht, die hier zusammensitzen.

Silvana, die Frau von Javier, hat viele Jahre in Corrientes gelebt, im Norden Argentiniens an der Grenze zu Paraguay. Da wurde Anfang der 90er Jahre ein Wasserkraftwerk gebaut – im Fluss Paraná. Es ist eines der größten Wasserkraftwerke der Welt. Sie sieht viele Parallelen zu dem jetzt geplanten Projekt hier in Santa Cruz. Da sind zum einen die Korruptionsvorwürfe. Damals in Corrientes sind die Kosten im Laufe der Bauarbeiten konstant gestiegen – am Ende auf mehr als elf Milliarden US-Dollar. „Die damaligen Provinzpolitiker haben ordentlich in die eigene Tasche gewirtschaftet“, meint Silvana. Sie ist nicht alleine mit dieser Anschuldigung. Es gibt zahlreiche Zeitungsberichte über Ungereimtheiten in Bezug auf die Kosten des Projekts. Der ehemalige argentinische Präsident Carlos Meném nannte es mal ein „Monument für die Korruption“. Und auch damals hieß es, die Umwelt werde durch den Damm nicht geschädigt. Mehr als 20 Jahre später sehe man, dass das nicht stimmt, erzählt Silvana. „Das Wasser im Paraná ist manchmal so stark gestiegen, dass sie die Schleusen öffnen mussten. Es wurden Dörfer überschwemmt, auch mit großen und gefährlichen Tieren wie Giftschlangen und Kaimanen.“ Weil in dem Stausee Biomasse verrottet, wurde das Grundwasser verseucht. Die einzigartige Natur in der Region wurde verändert, endemische Arten sind verschwunden. Ähnliches befürchtet sie hier, in ihrer neuen Heimat. Was genau passieren könnte, weiß sie nicht, für sie ist aber klar, dass es nicht ohne Folgen bleibt, wenn man einem Fluss seine ursprüngliche Bewegung nimmt, Hochwasser und Niedrigwasser nach Bedarf reguliert, Erde überschwemmt oder austrocknet. Fische könnten sterben, Tiere migrieren – an die Gletscher mag sie gar nicht denken.

Sergio Nahuelquir und Silvia Cretton haben die ganze Zeit still zugehört. Sie wirken zurückhaltend, ziehen aber trotzdem die Aufmerksamkeit auf sich. Das liegt auch an dem typischen Kopfschmuck der Mapuche, den Sergio trägt und an dem geschwungenen Horn, das er mitgebracht hat und in das er kurz, für Vorführzwecke, reinbläst. Das sind eigentlich Accessoires für Festtage. Aber Sergio hat schon Erfahrung mit Journalisten und weiß, dass sich Medienleute mit Kameras freuen, wenn Ureinwohner in traditioneller Kleidung erscheinen. Als ich ihn frage, wie er zu dem Kraftwerksprojekt steht, denkt er lange nach. Er spricht nicht nur für sich persönlich, sondern für die Mapuche-Gemeinschaft in seinem Dorf. Sie haben ihn zum „Werken“ gewählt, den Überbringer von Gedanken. „Wir haben eine ganz andere Sichtweise auf die Welt als der ‚hombre winga‘“, sagt Sergio. Gemeint ist der weiße Mensch. „Wir fühlen uns als Teil des Ökosystems. Viele weiße Menschen sehen sich als außerhalb der Natur stehend.“ Natürlich nutzen auch er und seine Mapuche-Nachbarn Strom, auch sie brauchen Arbeit und Geld. Aber wenn wir dadurch den Pflanzen und Tieren ihren Lebensraum nehmen, dann dürfen wir das Projekt nicht durchführen, sagt der Mitte 50-Jährige. Wenn die Bauarbeiten tatsächlich losgehen, werden die Mapuche Widerstand leisten, sagt Sergio. „Wir haben von unseren Vorfahren die Aufgabe erteilt bekommen, die Natur, alles, was wir zum Leben brauchen, zu verteidigen.“ Diesen Fluss, das ist für ihn klar, brauchen die Menschen zum Leben.

2.3 Mangelnde Transparenz und Korruptionsvorwürfe

Wenn man den Bauherren und Provinzpolitikern glaubt, wird Widerstand nicht nötig sein, weil die Kraftwerke umweltverträglich sind. Zu diesem Schluss ist zumindest eine Studie gekommen, die 2015 präsentiert und bei einer öffentlichen Anhörung auch diskutiert wurde. Diese Studie und die Anhörung sind das Kernargument der Befürworter, wenn es um ökologische Fragen geht. Nach dem Motto: Es wurde doch alles geprüft und regelkonform veröffentlicht, es gibt keinen Grund zur Sorge. José Guzman war bei dieser öffentlichen Anhörung im Dezember 2015 im Theater von Piedra Buena dabei. Er winkt ab. Die Anhörung war manipuliert, sagt er. Er hat auch die Studie gelesen. Er hält sie für wenig objektiv. Die Studie ist beachtliche 565 Seiten lang, wirkt sorgfältig recherchiert und sehr detailreich. Erstellt wurde sie von der argentinischen Bauberatungsfirma Serman & Asociados, finanziert von Represas Patagonias, dem argentinisch-chinesischen Konsortium, das die Kraftwerke bauen will. In der Studie selbst wird nicht aufgelistet, mit welchen Wissenschaftlern und Instituten die Be-

ratungsfirma zusammengearbeitet hat. Es ist auch völlig unklar, wie eng die Verbindungen der Firma zur Industrie sind und wodurch sie ihre Unabhängigkeit gewährleistet. Die Umweltschutzorganisation FARN hat sich einige ältere Studien angeschaut, die Serman & Asociados durchgeführt haben und zahlreiche Mängel und Ungereimtheiten entdeckt: Veraltetes Datenmaterial, komplettes Fehlen von Alternativvorschlägen, Übernahme von Regierungspositionen in der eigenen Bewertung. Auch in der aktuellen Studie sieht FARN einige Mängel. So wird die Problematik der Gletscher nur am Rande erwähnt. In einer Zusammenfassung heißt es da: „Die Erkenntnisse, die man bisher über Prozesse hat, die die Dynamik der Gletscher beeinflussen, sind defizitär.“ Ähnlich unkonkret bleibt die Studie beim Thema Mündungsgebiet, das besonders wichtig ist für den Macá Tobiano: „In Zeiten der Befüllung werden die Strömungen deutlich niedriger sein. Das hätte eine Ausweitung des Mündungsgebiets zur Folge und würde den Einfluss von Salzwasser im Mündungsgebiet erhöhen – in einer Größenordnung die untersucht werden sollte.“ Konkret heißt das: Es wird Salzwasser in die Flussmündung einströmen, welche Konsequenzen das hat, ist unklar. Es gab angeblich konkretere Analysen über die Gletscher und das Mündungsgebiet, behauptet José Guzman und auch die Umweltorganisation FARN hat darauf Hinweise. Doch dann sei festgelegt worden, dass nur das Gebiet, das unmittelbar von den Kraftwerken betroffen wäre, also die Überschwemmungszone, in der Studie abgebildet werde – die Gletscher und die Mündung befinden sich außerhalb dieser festgelegten Zone. Für José Guzman drängt sich der Eindruck auf, dass es bei dieser Studie nicht darum ging, dieses Projekt abzuklopfen, sondern zu rechtfertigen. Er fragt sich, warum für dieses wichtige nationale Mega-Projekt keine etablierte Universität beauftragt wurde oder ein anerkanntes Forschungsinstitut.

Ähnlich wenig vertrauenerweckend war aus seiner Sicht die öffentliche Anhörung, die am 9. Dezember 2015 in Piedra Buena stattfand. „98 Prozent der Leute, die an der öffentlichen Anhörung teilgenommen haben, gehörten entweder zur Gezhouba Group, zu Electroingeniería oder zu La Uocra – also entweder zu den Firmen, die das Projekt durchführen oder zur Gewerkschaft der Bauarbeiter, deren Mitglieder davon profitieren“, erzählt Guzman. Die Überzahl an Befürwortern habe aber nicht am geringen Interesse der Bevölkerung gelegen. „Draußen vor der Tür standen bestimmt nochmal 70 oder 80 Leute, die reinwollten“, erinnert er sich. Die meisten seien Mapuche gewesen, aber auch Fischer waren dabei und Landbesitzer, deren Grundstücke zu Überschwemmungsgebieten werden sollen. Einige wollen sich gegen Enteignungen wehren beziehungsweise gegen die extrem niedrigen Entschädigungen, die der argentinische Staat ihnen für ihr Land zahlen will. Einige Landwirte sorgen sich auch darum, wie sie ihr Vieh in Zukunft tränken

sollen, wenn sie keinen Zugang zum Fluss mehr haben. Sie alle seien nicht reingelassen worden, weil die gesamten Plätze schon besetzt und sie nicht angemeldet gewesen seien. „Aber es war fast unmöglich, sich anzumelden“, empört sich José Guzman. „Es gab eine E-Mail-Adresse, wo man hinschreiben sollte. Meine Mail und die von anderen kam zurück – als unzustellbar.“ José Guzman fuhr daraufhin in die Provinzhauptstadt Río Gallegos, um sich persönlich anzumelden. Das ist eine dreistündige Autofahrt – nur hin. Aber für Menschen aus El Calafate, die Stadt in der Nähe der Gletscher, sei das natürlich nicht möglich gewesen – erst recht nicht für Interessierte und Umweltaktivisten aus Buenos Aires oder dem Norden Argentiniens.

Die Folge war nach Darstellung von José Guzman, dass nur eine handvoll Menschen in dem Theatersaal von Piedra Buena saß, die kritische Fragen gestellt hat: Er, ein paar Mapuche und ein Vertreter der Umweltschutzorganisationen Aves Argentinas. Er habe eine einzige Frage stellen können und zwar: Wie stark wird durch die Dämme der Pegel des Lago Argentino steigen und was wären die Auswirkungen auf die Gletscher? Die Antwort lautete nach seiner Erinnerung, dass in diesem Moment kein Experte für dieses Thema anwesend sei. Es waren Geologen und Ingenieure da, aber keine Gletscherforscher. Die anwesenden Experten hätten betont, dass sie nur ihre Meinung kundtun könnten und die habe gelautet: Die Wasserkraftwerke dürften die Gletscher nicht beeinflussen. „Mir wurde dann noch gesagt, dass ich innerhalb von 48 Stunden eine ausführlichere Antwort bekommen würde. Das ist aber niemals passiert“, erinnert sich der Familienvater. Generell gab es bei der Anhörung wenig konkrete Antworten. Nicht auf die Frage, wie viele Fische pro Jahr durch die Dämme sterben würden oder was das Einströmen von Salzwasser ins Mündungsgebiet für die Tiere dort bedeuten könnte. Nur an eine konkrete Aussage erinnert er sich, dass man versuchen würde den Macá Tobiano, den endemischen Wasservogel, in die Provinz Buenos Aires umzusiedeln. Das sei nicht einfach, weil man dort auch seine Nahrung züchten müsste. Der Vogel ernährt sich von kleinen wirbellosen Wassertieren, zum Beispiel Schlamm Schnecken. Aber man würde es versuchen. „Ansonsten war da viel ‚wir glauben‘ und ‚möglicherweise‘.“ José Guzman fand die Sitzung damals wenig erhellend. Er hatte damals die Hoffnung, dass die Wasserkraftwerke doch nicht kommen würden. Denn am nächsten Tag, am 10. Dezember 2015, nahm die neue Regierung unter Mauricio Macri die Amtsgeschäfte auf. Macri hatte sich im Wahlkampf kritisch über die Staudämme geäußert und angekündigt, die Verträge mit den Chinesen einer gründlichen Revision unterziehen zu wollen. Würde Macri den Bau vielleicht doch noch stoppen können? Es stellte sich heraus, dass die ganze Geschichte deutlich komplexer ist als vielleicht zunächst angenommen. Um das zu verstehen, muss ich etwas weiter ausholen.

Wenn man es genau nimmt, reden Politiker in Argentinien schon seit 50 Jahren davon, im Río Santa Cruz ein Kraftwerk zu bauen. Doch erst in den letzten Jahren wurden die Pläne konkreter – vor allem seit die damalige argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner China mit ins Boot geholt hat. Sie fädelt eine Kooperation mit der chinesischen Gezhouba Group ein, die auch die Drei-Schluchten-Talsperre im Jangtsekiang gebaut hat, das größte Wasserkraftwerk der Welt. Außerdem finanzieren chinesische Banken einen Großteil des Wasserkraftwerkprojekts in Argentinien, das inzwischen mit knapp fünf Milliarden Dollar veranschlagt ist. Für die damalige Präsidentin war das Wasserkraftwerk in ihrer Heimatregion ein Herzensprojekt. Eine der Anlagen soll den Namen ihres verstorbenen Ehemanns und Ex-Präsidenten Néstor Kirchner tragen. Es gibt auch geschäftliche Verflechtungen mit dem Kirchner-Umfeld, die nicht immer ganz sauber erscheinen. So hat der Bauunternehmer und Kirchner-Vertraute Lázaro Báez kurz vor dem Deal mit China günstig Land im Umfeld des Río Santa Cruz gekauft, das dann teuer verstaatlicht wurde, weil es als Überflutzungszone genutzt werden soll. Báez sitzt inzwischen in Untersuchungshaft wegen einer ganzen Reihe von Geldwäsche-Vorwürfen aus den Kirchner-Jahren. Unterschrieben hat die Verträge über den Bau der Wasserkraftwerke ein Mann, dessen Name inzwischen fast jeder in Argentinien kennt: José López. Der ehemalige Staatssekretär für öffentliche Anlagen wurde im Sommer 2016 dabei erwischt, wie er schwer bewaffnet versuchte, neun Millionen US-Dollar in einem Kloster zu verstecken. Er wurde von einer Kamera dabei gefilmt, wie er die Tasche voll mit Geld einer Nonne reichte. Auch er sitzt in Untersuchungshaft.

Ende 2015 endete die Amtszeit von Cristina Kirchner und viele Umweltaktivisten hofften, dass damit auch das Kraftwerksprojekt begraben werde. Denn der neue Präsident Mauricio Macri hatte im Wahlkampf angedeutet, das Projekt eventuell zu stoppen. Doch dann im Amt stellte er fest, dass das so einfach nicht ist. Die Verträge waren unterzeichnet und China ist ein harter Verhandlungspartner. Die Chinesen drohten damit, bei einem Stopp andere Infrastrukturprojekte platzen zu lassen – wie zum Beispiel eine Güterverkehrsstrecke in den für die Agrar-Wirtschaft wichtigen Norden Argentiniens. Die Vorgängerregierung hatte dieses Cross-Default-Geschäft mit China vereinbart. Der Bau der Wasserkraftwerke war also tatsächlich gekoppelt an das Verkehrsprojekt Belgrano Cargas, das Experten zufolge den Soja-Handel ankurbeln soll.

Der Präsident versprach daraufhin, die Baupläne zumindest zu überprüfen – mit Blick auf ihre Umweltverträglichkeit. Heraus kam: Die Dämme werden gebaut, aber weniger groß. Statt insgesamt elf Turbinen soll es nur acht geben. Statt einer Höchstleistung von 1.760 Megawatt Strom, können nur

1.310 Megawatt produziert werden. Weniger Ertrag, dafür aber auch weniger Pegel-Schwankungen, weniger Überflutungsgebiete, weniger Schäden für die Umwelt. So heißt es zumindest offiziell. Das Problem ist: Kann man den Angaben trauen?

Der Oberste Gerichtshof des Landes hat vor wenigen Monaten entschieden: Die Arbeiten an den Kraftwerken bleiben so lange auf Eis, bis es eine neue Umweltverträglichkeitsstudie gibt – eine, die analysiert, welche Folgen das Projekt angesichts des neuen Konzepts hätte. Wann diese neue Studie kommt, dazu gibt es keine Angaben. Die Baufirma hatte während meines Recherche-Aufenthaltes behauptet, dass die neue Studie im Dezember 2016 veröffentlicht und mit dem Bau voraussichtlich im März begonnen wird. Die erste Frist ist verstrichen, die zweite bei Redaktionsschluss auch bald. Für die Gegner des Projekts ist das eine gute Entwicklung, denn damit sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass mit dem Bau der Staudämme noch in diesem Jahr begonnen wird. Ab April wird es in Süd-Argentinien zu kalt für Bauarbeiten. Das heißt, dass die Gegner Zeit gewinnen.

Einige Argentinier gehen soweit zu sagen, dass die Kraftwerke eh niemals gebaut werden, so wie der Kajaklehrer, der in Piedra Buena am späten Nachmittag, als die Sonne untergeht und ein frischer Wind aufzieht, sein Boot an Land bringt. „Seit Jahrzehnten reden die über die Kraftwerke und nichts ist passiert.“ Alberto Suecsi erzählt, dass er als Ingenieur jahrelang im Bergbau gearbeitet hat. Er kenne sich aus mit Megaprojekten. Und er sei neulich mit seinem Kajak an der Stelle entlang gefahren, wo die Dämme entstehen sollen. Man sehe da quasi gar nichts. „Ich wette um ein Asado, eine Grillparty, dass wir in fünf Jahren hier immer noch genauso Kajakfahren und Fischen können“, sagt er. Er glaubt es und er hofft es auch, denn seine beiden großen Leidenschaften haben mit dem See zu tun: Das Angeln und Paddeln.

2.4 3D-Kino statt Fische

Doch es sind bei weitem nicht alle in Piedra Buena gegen die Wasserkraftwerke. Viele Menschen im Süden setzen große Hoffnungen in die Staudämme. Sie glauben, dass die Kraftwerke Fortschritt bringen werden. Die Regierung der Provinz Santa Cruz behauptet zum Beispiel, dass die Wasserkraftwerke „der Traum aller Santacruzeños“ sind. So nennen sie das Projekt in einer Werbebroschüre. Auf dem Flyer listen sie auf, was die Dämme der Region alles bringen werden: Mehr Strom, neue Arbeitsplätze, sogar von noch sauberer Luft ist die Rede – wie da der Zusammenhang ist, wird nicht erklärt.

Einer, der mit Flussromantik wenig anfangen kann, ist zum Beispiel Claudio Renuzo. Er ist der Tourismusedirektor von Piedra Buena und gibt gleich zu Anfang zu, mit Fischen hat er es nicht so. Das ist insofern erstaunlich, als dieser Ort wahrlich kein Touristen-Hotspot ist, wenn aber Besucher kommen, dann sind es oft Sport-Angler, denn unter denen gilt Piedra Buena als Geheimtipp. Zum jährlichen Fest der Trucha, einer Forellen-Art, im März oder April kommen Angler aus der ganzen Welt in den 7.000-Einwohner-Ort – sogar aus den USA und China. Angeln interessiert ihn nicht, das geplante Wasserkraftwerk allerdings schon. „Das ist eine große Chance für uns. Es werden Arbeitsplätze entstehen, Piedra Buena wird wachsen. Außerdem soll die Landstraße in die touristische Gletscherregion erneuert werden. Wenn wir besser angebunden sind, kommen auch mehr Touristen.“

Der 47-Jährige sitzt in seinem Büro, das hinter der öffentlich zugänglichen Touristen-Info liegt, wo die für einen Ort wie Piedra Buena beeindruckende Zahl von vier Mitarbeiterinnen auf Kunden warten. Aber was ist, wenn durch das Wasserkraftwerk die Fischbestände sinken und die Angel-Touristen weniger fangen? Macht ihm das als Tourismusedirektor nicht Sorgen? Renuzo schüttelt mit dem Kopf. Die Baufirma hat ja eine Studie in Auftrag gegeben und die sagt, dass die Dämme die Umwelt nicht schädigen, erzählt er uns. „Und außerdem hat Piedra Buena ja noch viel mehr zu bieten außer Fische“, sagt er und fängt an, die vielen Sehenswürdigkeiten seiner Stadt aufzuzählen: Zwei Museen, ein botanischer Garten, wetterfeste Blumen am Straßenrand und ein 3D-Kino – das einzige der Provinz, betont er stolz.

2.5 Der Traum vom Fortschritt

Was Piedra Buena und die gesamte Provinz Santa Cruz nicht haben, ist genügend Arbeit und genug Strom. Das sind die Hauptargumente der Kraftwerksbefürworter. Es sind nachvollziehbare Argumente. Piedra Buena ist erst seit kurzem an das nationale Stromnetz angeschlossen, andere abgelegene Orte bekommen ihren Strom immer noch durch Generatoren, die Unmengen an Benzin verbrauchen, was die Energie teuer und umweltschädlich macht.

Arbeitsplätze gibt es hier ganz im Süden Argentiniens hauptsächlich im Tourismus und im Öffentlichen Dienst. Der Staat ist der größte Arbeitgeber in der Region, er stellt Lehrer an, Gärtner, Ärztinnen – und eben auch vier junge Frauen im Tourismus-Büro von Piedra Buena, die die meiste Zeit Mate-Tee trinken. Wer ein paar Tage hier verbringt, 3.000 Kilometer von der trubeligen Hauptstadt Buenos Aires entfernt, in dieser Provinz, die fast ge-

nauso viele Quadratkilometer wie Einwohner hat und zu großen Teilen aus öder Steppe besteht, der kann nachvollziehen, dass sich die Menschen Veränderung wünschen.

Fortschritt, so nennt es Marcelo Castro. Er ist Mitte 30, Vorsitzender des Stadtrats und glühender Verfechter des Wasserkraftwerks. Ich treffe ihn im kleinen Rathaus von Piedra Buena. Castro wiederholt die Zahlen, mit denen auch die Baufirma wirbt: Für die Zeit der Konstruktion werden 5.000 Arbeitsplätze entstehen. Mehr Einwohner heißt auch mehr Steuern und mehr Kaufkraft. Die beiden Dämme werden bis zu 1.300 Megawatt Strom erzeugen, Energie für mehr als zwei Millionen Menschen, schwärmt Castro. Das sind allerdings sechs Mal so viele, wie in der gesamten Provinz leben. Wozu muss man denn so viel Strom produzieren? „Ein Teil wird ins Netz gespeist und der andere geht in die Hauptstadt-Region“, sagt er. „Vor allem aber werden wir uns endlich industrialisieren.“

Piedra Buena will es besser machen als andere Orte, zum Beispiel in den Provinzen Neuquén oder Corrientes, wo, nachdem Dämme gebaut wurden, nichts weiter passierte und tausende Menschen, die für die Bauarbeiten umgezogen waren, auf einmal arbeitslos wurden. Das müsse man natürlich verhindern, sagt Castro. Es klingt nachvollziehbar. Die Frage ist: Wie bekommt man Unternehmen dazu, sich hier ganz im Süden anzusiedeln, wo alles, was hergestellt wird, tagelang mit Lastwagen transportiert werden muss? Eine Zugstrecke gibt es nicht, einen Hafen auch nicht. Ich möchte es ganz genau wissen und hake nach. Was für Fabriken könnten das sein, die sich hier ansiedeln? Gibt es schon konkrete Interessenten, gibt es Ideen, wie man für die Industrie Anreize schaffen kann, hierherzukommen? Der Lokalpolitiker überlegt. Er wirkt ein bisschen überrumpelt von diesen Detailfragen. „Um ehrlich zu sein, gibt es dazu noch keine konkreten Pläne“, sagt er. „Ich sehe es so: Der erste Schritt ist dafür zu sorgen, dass es genug Strom gibt. Und dann, naja ... Platz für eine Fabrik haben wir ja genug.“

Eine langfristige Planung, wie die Industrialisierung von Santa Cruz ablaufen soll, gibt es nicht – zumindest ist nichts öffentlich bekannt. Dabei kann, wenn die Bauarbeiten an dem Kraftwerk losgehen, alles ziemlich schnell gehen. Zwei Jahre sind für die Konstruktion veranschlagt. Und wenn das Wasserkraftwerk erst einmal errichtet ist, dann braucht es höchstens noch eine Handvoll Mitarbeiter, die es bedienen. Tausende wären dann ganz plötzlich ohne Beschäftigung. Tatsächlich hat das Hin und Her um das Kraftwerk offenbar schon jetzt einige Menschen in prekäre Situationen gebracht. Mehrere Tage später treffe ich in Chaltén, einem Dorf am Fuße der Gletscher, zufällig Matías Ruiz. Wir teilen uns ein Mehrbettzimmer in einem Hostel. Im Nebensatz erwähnt der 27-Jährige, dass er für Represas Patagonia gearbeitet hat – das chinesisch-argentinische Unternehmen, das die Kraftwerke

bauen will. Er ist Techniker, kommt aus Buenos Aires und war für den Bau der Dämme extra nach Santa Cruz gezogen. Er erzählt, dass es eine Bedingung des Unternehmens war, dass er und die anderen Bewerber erst nach Santa Cruz ziehen, bevor sie angestellt werden. Matías Ruiz vermutet, dass es darum ging, in Statistiken deutlich zu machen, dass die Kraftwerke Arbeit für Menschen in Santa Cruz schaffen. Tatsächlich kamen viele der Bauarbeiter seiner Darstellung nach aus dem Norden Argentiniens, einige sogar aus Bolivien. Als mit dem Regierungswechsel alle Arbeiten an dem Projekt gestoppt wurden, standen er und die anderen Angeworbenen auf Stand-by – ohne Arbeit und ohne Bezahlung. „Für einige war das wirklich bitter, denn die haben alles zurückgelassen, weil sie gehofft haben, hier jetzt Geld zu verdienen“, erzählt Ruiz. Der 27-Jährige hat Glück gehabt. Er hat einen Job in einer Öko-Lodge gefunden im Gletscher-Nationalpark. Matías Ruiz erzählt, dass er die Region jetzt erst kennengelernt hat – bei Ausflügen in die Natur. „Ganz ehrlich, jetzt, wo ich die Schönheit der Natur hier kennengelernt habe, die Gletscher, die Seen und auch den Río Santa Cruz“, würde ich die Kraftwerke gar nicht mehr mitbauen wollen.“

2.6 Auf den Spuren von Darwin

Die Schönheit des Río Santa Cruz, keiner hat sie wahrscheinlich noch so bildlich vor Augen wie Gerardo Bartolomé. Freiberuflicher Ingenieur, Buchautor und Abenteurer. Von letzterem zeugt seine Gesichtshaut, die total verbrannt ist. Bartolomé ist gerade fast den gesamten Gletscherfluss entlang gereist. Eine knappe Woche lang: Von der Mündung bei Piedra Buena bis nach Calafate am Lago Argentino, wo der Fluss entspringt. Der letzte Abschnitt zum Perito Moreno soll am Nachmittag beginnen. Gerardo macht eine Reise auf den Spuren von Charles Darwin und bewegt sich auch genauso fort wie der Naturforscher: Zu Fuß oder zu Pferd. Sonnencreme gehörte nicht mit zur Ausrüstung.

Ich treffe Bartolomé in El Calafate im Garten der Nationalparksverwaltung. Wir spazieren und bleiben ausgerechnet vor einem Denkmal mit Darwin stehen. Der thront mit Rauschebart auf einem großen Stuhl, auf den Knien ein Buch, ihm zu Füßen ein paar Pinguine. Der perfekte Ort für unser Gespräch. Bartolomé kommt ins Schwärmen, wenn er an die vergangenen Tage denkt: „Dieser Fluss hat eine Farbe und eine Intensität. Das sieht aus, als hätte jemand eimerweise Farbe hineingeworfen, aber das sind die Sedimente aus den Anden.“ Dieses leuchtende blau setzt sich ab gegen die trockene rote oder ockerfarbene Erde der patagonischen Halbwüste. „Darwin, dem wir hier gerade gegenüberstehen, schrieb, diese Erde hat den Fluch

der Unfruchtbarkeit.“ Denn es gibt viel Wasser, aber es wächst nichts. Der Boden ist hart und nimmt nichts auf.

Bartolomé hat diese Reise für den argentinischen Senat gemacht, beziehungsweise für ein Buch und das Parlamentsfernsehen. Der Senat hat anlässlich des 200-jährigen Jubiläums der Staatsgründung Argentiniens Schriftsteller mit Dokumentationen beauftragt über wichtige Entdeckungsreisen in diesem Land. Eine dieser Reisen, die dokumentiert werden soll, ist die von Charles Darwin im Jahr 1834 den Río Santa Cruz entlang. Dass Gerardo Bartolomé dafür den Auftrag bekommen hat, wundert nicht. Darwin und der Río Santa Cruz sind seine Leib-und-Magen-Themen. Er hat schon mehrere Bücher über den Naturforscher und den Fluss veröffentlicht. Er gibt zu, dass er den Film auch ein wenig macht, um den Politikern in Buenos Aires die Schönheit dieses Gletscherflusses näher zu bringen und sie dazu zu bewegen, das Kraftwerksprojekt zumindest nochmal zu überdenken.

„Ich bin, was die Staudämme angeht, gespalten“, gibt der freiberufliche Ingenieur zu. „Es ist mein Beruf, Infrastrukturprojekte zu planen, um das Leben von Menschen zu verbessern. Und mir ist auch klar, dass dieses Land Arbeit und elektrischen Strom braucht. Auf der anderen Seite werden durch Wasserkraftanlagen wunderschöne Landschaften überschwemmt. Im Fall vom Río Santa Cruz Landschaften, die sehr unbekannt sind.“ Deshalb ist die Intention des 54-Jährigen nicht, gegen die Kraftwerke zu protestieren. Er will aufklären, Bewusstsein schaffen. Er will, dass diejenigen, die über die Kraftwerke entscheiden, wenigstens wissen, was sie da entscheiden und sich genau überlegen, ob das Projekt gut genug durchdacht ist.

Bartolomé hat selber eine kleine technische Analyse gemacht anhand der Daten, die über das Projekt bekannt sind: Kapazitäten der Kraftwerke, die Pegel und ein paar grundsätzliche geografische Angaben zur Oberfläche des Sees und der Gletscher. Er kam zu dem Schluss, dass die Wasserkraftwerke dazu führen könnten, dass der Pegel des Lago Argentino um bis zu zwei Meter ansteigt. Der Lago Argentino ist der See, der zwei Gletscher berührt, den Perito Moreno und den Uppsala. Seiner Studie zufolge könnte dadurch in dem 20 Meter breiten Kanal vor dem berühmten Perito Moreno eine Strömung entstehen. Diese Strömung wiederum könnte verhindern, dass sich der Gletscher regelmäßig verschließt. Normalerweise dehnt sich die Gletscherzunge alle vier bis acht Jahre so weit aus, dass sie mit dem gegenüberliegenden Festland zusammenstößt und den Lago Argentino in zwei Hälften teilt. Das sind dann die Momente, in denen die enormen Abbrüche entstehen und Touristen aus der ganzen Welt kommen, nur um das zu sehen. Kein Verschluss, keine riesigen Abbrüche, keine Touristenmassen.

Dieses Szenario wäre möglicherweise in erster Linie wirtschaftlich dramatisch, gibt Bartolomé zu – aber auch um die Umwelt sorgt sich der Inge-

nieur. Denn es gebe ja noch den anderen Gletscher, den Uppsala. Der könnte auch getroffen werden und der zieht sich schon jetzt extrem zurück. „Ich weiß nicht, ob das genauso eintreffen würde“, betont Bartolomé. Denn die Effekte der Wasserkraft auf Gletscher zu untersuchen, sei extrem schwierig. Aber das Potenzial sei da. Deshalb findet er, dass die nächste Studie über die Wasserkraftwerke die Auswirkungen auf die Gletscher unbedingt beinhalten muss. Und dann müsse man abwägen, ob die ökonomischen aber auch ökologischen Kosten den Gewinn tatsächlich rechtfertigen und ob die Staudämme tatsächlich die beste Lösung sind. Die Wasserkraft hat einen entscheidenden Vorteil, gibt der Ingenieur zu. Kraftwerke können sehr schnell hochgefahren werden und sind deshalb perfekt für Momente, in denen viel Strom benötigt wird – zum Beispiel heiße Sommernachmittage in Buenos Aires, wenn alle nach Hause kommen und ihre Klimaanlage anstellen. Andere Kraftwerke, wie Wind, Gas oder Öl können solche kurzfristigen Spitzen nicht abfangen, sie sind für eine stabile Produktion gemacht. Das spricht für Staudämme. Der Ingenieur wendet aber ein, dass die Kraftwerke im Río Santa Cruz, nach dem überarbeiteten Plan, gar nicht mehr so geeignet wären um hohen Strombedarf abzudecken, weil ihre Kapazitäten stark gesenkt wurden.

Gerardo Bartolomé hält es für sinnvoller, den konstanten starken Wind in Patagonien auszunutzen und flächendeckend Windkraftanlagen aufzustellen. Die ökologischen Folgen wären nicht annähernd vergleichbar mit denen der Staudämme. Vielleicht könnte Teil eines Kompromisses auch sein, statt zwei Dämme nur einen zu bauen. Dem Schriftsteller ist klar, dass es nicht einfach ist, aus den unterschriebenen Verträgen mit China herauszukommen. „Ich habe gehört, dass würde eine Strafzahlung von 1,2 Milliarden Dollar bedeuten. Wir reden aber von einer Anlage, die zwischen zwei und fünf Milliarden Dollar kosten soll. Wenn wir dafür nicht viel bekommen, aber einen Fluss opfern – das zu verhindern, wäre mir die 1,2 Milliarden Dollar wert.“

Man merkt, dass Gerardo Bartolomé noch ganz bewegt ist von seiner Reise. „Die wilden Guanakos, die patagonischen Strauße, die Tiere in ihrem Überlebenskampf. Du siehst dort das Leben, wie es seit tausenden von Jahren relativ unberührt abläuft. Nachts da zu campen und in diesen Sternenhimmel zu blicken, das ist wirklich eine fast religiöse Erfahrung. Man sieht die Welt da mit anderen Augen.“

2.7 Ein Ende ist auch ein Anfang

Auch das Betrachten des Perito Moreno hat eine spirituelle Dimension. Wie das Eis abbricht, aber für unsere Augen unsichtbar nachwächst. Es ist eine Metapher für Ende und Anfang, Zerstörung und Rekreation. Paula Prodromos sieht dieses Schauspiel des Lebens fast jeden Tag. Die 37-Jährige arbeitet seit 13 Jahren als Guide im Gletscher-Nationalpark. Sie sieht auch, wie die Gletscher sich verändern. Am Perito Moreno ist der Rückgang noch nicht so stark, aber am Uppsala sei er wirklich erschreckend. „Das können zum Teil natürliche Prozesse sein, aber das hat ganz klar auch mit dem Einfluss des Menschen zu tun“, erzählt die Touristenführerin. Am Uppsala sind die Abbrüche jedes Jahr größer, erzählt Prodromos. „Wir können uns mit den Touristen nicht mehr stark mit den Booten nähern, das ist zu gefährlich. Vor ein paar Jahren hatten wir einen so großen Abbruch, dass die Eismassen im Lago Argentino einen Tsunami ausgelöst haben.“

Das Kraftwerksprojekt sieht sie, wie die meisten Mitarbeiter hier im Nationalpark, sehr kritisch. Aus ihrer Sicht ergibt es keinen Sinn, hier weit weg von Buenos Aires riesige Kraftwerke zu bauen, von wo der Strom tausende Kilometer weit transportiert werden muss und es hohe Verluste gibt. Sie findet außerdem, dass die Dämme genau das bedrohen, was Patagonien einzigartig macht: Weite und Unberührtheit. Sie sei wirklich keine Öko-Extremistin, stellt Paula Prodromos klar. Sie sage nicht kompromisslos, jeglicher Fortschritt sei Quatsch. Aber sie habe große Zweifel, dass diese Anlage notwendig sei. Und auf lange Sicht mache die Gegend mehr Geld mit dem Tourismus als mit dem Wasserkraftwerk. Ich frage sie, ob sie Angst habe um ihre Zukunft und die des Gletschers. Angst? Da kommt dann doch bei aller Skepsis die typisch argentinische Schicksalsergebenheit durch. „Nein, Angst habe ich nicht. Ich glaube daran, dass alles seiner Ordnung folgt und wir aus Fehlern lernen.“ Wenn die Kraftwerke gebaut werden, dann müssten wir mit den Konsequenzen leben. Paula Prodromos hat wenig Hoffnung, dass das Projekt noch gestoppt werden kann. „Schön wäre es, aber hey, wir reden hier von China!“, sagt sie und lacht laut. Dann muss sie weiter, einer Gruppe spanischer Rentner den Perito Moreno erklären – der Gletscher, der stetig ächzt und raunt.

3. Strom, Transport, Handel – Die wachsende Bedeutung Chinas in Argentinien

Wie groß die Bedeutung Chinas inzwischen für Argentinien ist, ist vielen Menschen im Land im Juni 2014 bewusst geworden, glaubt die Umwelt-

aktivistin María Marta di Paola. Damals war der chinesische Präsident Xi Jinping auf Staatsbesuch in Argentinien und der Platz vor dem Präsidentenpalast in Buenos Aires ein Meer in rot. Hunderte chinesische Flaggen säumten die Straßen des Stadtzentrums. „Dem chinesischen Präsidenten wurde wirklich ein besonderer Empfang bereitet“, erinnert sich die Expertin für Wirtschafts- und Umweltpolitik bei der Nichtregierungsorganisation FARC. „Auch mir wurde damals erst vor Augen geführt, wie eng die Beziehungen sind.“

China wird in Argentinien hofiert – das ist eine relativ neue Entwicklung. 1990 war die chinesische Wirtschaft nur etwa doppelt so groß wie die Argentinienens. Doch während sich Argentinien von einer Krise zur nächsten schleppte, ist die Volksrepublik rasant gewachsen. Heute macht Argentinienens Wirtschaft nur etwa fünf Prozent der chinesischen Wirtschaft aus. Und China ist zu einem Großinvestor in Südamerika aufgestiegen. Kein Land finanziert so viele Infrastrukturprojekte in Argentinien wie China. Die Volksrepublik ist außerdem Argentinienens zweitwichtigster Handelspartner – nach Brasilien. Das liegt vor allem am Soja: China verbraucht mehr als die Hälfte des weltweit exportierten Sojas und Argentinien ist ein wichtiger Lieferant. Aber auch andere Rohstoffe importiert China aus Argentinien, wie Obst, Gemüse, Getreide und Metalle. China wiederum verkauft den Argentinern in großem Umfang Industriegüter und Technik. Entwickelt haben sich diese engen Beziehungen zwischen Argentinien und China vor allem unter der Ex-Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner.

3.1 Chinas Aufstieg zum strategischen Partner

Cristina Fernández de Kirchner war von 2007 bis 2014 argentinische Präsidentin. Sie setzte eine protektionistische Wirtschaftspolitik durch. Sie belegte ausländische Unternehmen mit aufwendigen Import-Vorgaben und ließ das Export-Geschäft staatlich streng kontrollieren. Ihre ideologische Nähe zu linken Regierungen, wie der in Venezuela und Bolivien, führte auch zu einer Annäherung an China.

Argentinien hat sich unter Kirchner abhängig gemacht vom chinesischen Kapital, sagt der argentinische Politikwissenschaftler und Experte für die Wirtschaftsbeziehungen zu China, Eduardo Daniel Oviedo. Er ist Professor an der Universität Rosario für internationale Politik, Übersetzer für Mandarin und gilt in Argentinien als einer der größten China-Experten. Ich treffe ihn an der Universität Rosario bei einem Kongress über das chinesische Engagement in Argentinien. Den Kongress hat er organisiert. Internationale Experten aber auch seine Studierenden halten Vorträge.

Oviedo und auch andere Experten sind sich bei dieser Tagung einig, dass die Abhängigkeit von China größtenteils daher rührt, dass die vorherige Präsidentin Argentinien international isoliert hat. Kirchner hatte sich geweigert, einer Gruppe von US-Investmentfonds, „Holdouts“ genannt, Forderungen aus Alt-Anleihen aus der Zeit der Krise 2001 zurückzuzahlen – trotz eines Gerichtsurteils, das Argentinien dazu verpflichtete, die Schulden zu begleichen. Doch die argentinische Präsidentin schimpfte gegen „Geier-Fonds“ und „Finanzterroristen“ und zahlte nicht. Rating-Agenturen stuften das Land 2014 daraufhin als technisch zahlungsunfähig ein. Argentinien war quasi weg vom internationalen Finanzmarkt.

Doch die 2000er Jahre sollten ja eigentlich im Zeichen der Stabilisierung stehen. Nach dem großen Zusammenbruch 2001 musste Argentinien versuchen, die Wirtschaft wieder auf die Beine zu bringen und das Wachstum anzukurbeln. Dafür brauchte das Land Kredite. Da die USA, der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die EU wegen des Hedgefonds-Streits auf Abstand gingen, kam Chinas Bereitschaft zu investieren gerade recht. Der imposante Empfang des chinesischen Präsidenten, den die FARN-Aktivistin angesprochen hat, fiel just in die Zeit, als der Streit mit den US-Hedgefonds auf dem Höhepunkt war.

Auch im Handel intensivierten sich die Beziehungen zwischen Argentinien und China. Aufgrund des großen Bedarfs Chinas nach Rohstoffen wurde Argentinien zu einem wichtigen Partner. Besonders an Soja war China interessiert. Das ging so weit, dass Argentinien in vielen Gegenden auf Monokulturen setzte und irgendwann 70 Prozent der argentinischen Exporte aus Soja bestand. In umgekehrter Richtung lieferte China zu 95 Prozent Industriegüter, aber auch Technik, Züge, Computer und Küchengeräte.

Dieser Deal ist aus Sicht des Politikwissenschaftlers Oviedo problematisch, denn er hat das Modell von Zentrum und Peripherie manifestiert. Argentinien exportiert an China Rohstoffe, Güter ohne Wertsteigerung, für deren Produktion nur wenige Arbeitsplätze nötig sind. China hingegen liefert den Südamerikanern komplexe Geräte von hohem Wert. Diese Tendenz sei unter Cristina Kirchner sogar noch stärker geworden. Ein Beispiel: Bis 2007 hat Argentinien noch viel Sojaöl exportiert, inzwischen fast nur noch die Bohnen, weil China die Verarbeitung des Sojas lieber selber durchführen möchte in den eigenen Mühlen.

Dieses Handelsmodell hat laut Oviedo dazu geführt, dass Argentinien in den vergangenen Jahren ein enormes Außenhandelsdefizit angehäuft hat – in Bezug auf China, aber auch auf andere Länder wie Russland oder die USA. Die offiziellen Angaben schwanken zwischen drei und sechs Milliarden US-Dollar. Nach seinen Angaben liegt das Defizit in Bezug auf China bei mehr als 3,6 Milliarden US-Dollar. Diese Situation hat zu einem bedroh-

lichen Devisenmangel geführt. Die Regierung von Cristina Kirchner hat das Defizit an US-Dollar in erster Linie über die interne Inflation geregelt. Sie hat die Notenpresse angeworfen, was aber zu enormen Preissteigerungen von mehr als 20 Prozent im Jahr geführt hat.

Außerdem bediente sich Cristina Kirchner eines umstrittenen Tricks, um die Reserven der Notenbank wieder aufzufüllen: Eines Swap-Geschäfts. Auch hier war China der entscheidende Partner. Die Volksrepublik stellte Argentinien Yuan-Kreditlinien im Wert von umgerechnet mehr als 11 Milliarden US-Dollar zur Verfügung – jedoch nicht, um den bilateralen Handel anzukurbeln, wofür diese Devisen-Tausch-Aktionen ursprünglich vorgesehen sind, sondern als Finanzspritze. Das Problematische ist laut dem Politikwissenschaftler und China-Experten Oviedo, dass der Swap denaturalisiert wurde. Eigentlich wird der Devisen-Tausch eingesetzt, damit Händler aus unterschiedlichen Ländern Geschäfte machen können, ohne sich dafür extra US-Dollar leihen zu müssen. Hinter dem Devisen-Tausch steckt dann ein realer Wert. Im Fall des ersten Swaps unter der Regierung Kirchner im Jahr 2014 war das aber nicht der Fall. Die Yuan wurden genutzt, um sie in US-Dollar umzutauschen und als Währungsreserven zu hinterlegen.

Oviedo hält das für ein sehr fragwürdiges politisches Instrument. „Das muss man sich mal klar machen: China zieht durch den bilateralen Handel Milliarden von US-Dollar aus Argentinien ab. Dieses Geld fehlt dann der Zentralbank in Buenos Aires. Und dann bitten die Argentinier die Chinesen nochmal um 11 Milliarden US-Dollar, um dieses Loch zu stopfen.“ Oviedo betont, dass er die Regierungspolitik nicht bewerten möchte. Er drückt es so aus: „Das ist eine wirklich erstaunliche Performance der Vorgängerregierung.“

Oviedo widerspricht entschieden der verbreiteten Darstellung, dass China in Südamerika, insbesondere in Argentinien, in großem Stil investiert. China ist aus Sicht des Politikwissenschaftlers in erster Linie ein Kreditgeber, der sorgsam darauf achtet, dass das Geld aus diesen Krediten der eigenen chinesischen Wirtschaft zugute kommt. Das betrifft die Auswahl von Projekten, die finanziert werden, aber auch die Firmen, die daran beteiligt sind.

Beispiele dafür sind die Wasserkraftwerke in Santa Cruz oder der Ausbau der Güterverkehrsstrecke Belgrano Cargas für zwei Milliarden US-Dollar im Norden des Landes. China hat beide Projekte so miteinander verknüpft, dass das Land ein sehr geringes Risiko eingeht (Cross-Default). Und in beiden Projekten kommen die ausführenden Unternehmen aus China. Das Staudammprojekt verschafft den chinesischen Baufirmen mit Überkapazitäten einen neuen Großauftrag, denn im eigenen Land werden nicht genug Wasserkraftwerke gebaut, um alle Firmen auszulasten. Die neue Güterverkehrsstrecke Belgrano Cargas hat aus Sicht vieler Experten das Ziel, den

Norden des Landes besser zu erschließen, um von dort Soja schneller und kostengünstiger abzutransportieren und an die Häfen am Atlantik zu bringen. Die Umweltexpertin Ana Álvarez von der Universität Buenos Aires, mit der ich einige Tage später gesprochen habe, geht außerdem davon aus, dass langfristig neue Anbaugelände erschlossen werden sollen. Das hätte zur Folge, dass weitere Teile des Urwaldes in der Gegend zerstört würden. Álvarez arbeitet in Projekten in Salta, im Norden des Landes, und hat Hinweise darauf gefunden, dass China Wälder abholzen möchte, damit noch mehr Soja-Felder entstehen können. Beweisen kann sie das nicht, was auch daran liegt, dass die Öffentlichkeit kaum über die Verhandlungen zu diesem Verkehrsprojekt informiert wurde. Diese Beispiele machen deutlich, dass China in seinem Engagement ganz klar – und natürlich auch berechtigterweise – eigene Ziele verfolgt. Sie zeigen aber auch, dass diese Projekte mit Blick auf ökologische und demokratische Prinzipien wie Transparenz problematisch sind und Konfliktpotenzial bergen.

Eduardo Daniel Oviedo ist aber der Ansicht, dass es deshalb wichtig ist, den Begriff der Investitionen zu entmystifizieren. Er verweist auf zahlreiche Grafiken und Statistiken, die Experten tagsüber bei seiner Tagung präsentiert haben. „Wir haben da gesehen, dass die direkten Investitionen Chinas in Argentinien sehr gering sind. 100 Millionen oder 200 Millionen US-Dollar. In einigen Jahren vielleicht 300 Millionen. Der Rest sind einfach nur Kredite. Wer investiert, ist der argentinische Staat mit Geld aus China, das wir irgendwann zurückzahlen müssen.“

Und im Moment sieht es nicht so aus, als würde das Land Schulden bald begleichen können, denn immer noch weist Argentinien Jahr für Jahr eine hohe Neuverschuldung auf. Oviedo geht davon aus, dass eine neue Schuldenkrise in Argentinien durchaus möglich ist.

Es ist deutlich geworden, wie eng unter der Präsidentschaft von Cristina Fernández de Kirchner die Beziehungen zwischen China und Argentinien geworden sind. China bekam zum Ende von Kirchners Amtszeit den Rang eines vollständigen und strategischen Partners. Medienberichten zufolge wurden unter Kirchner 79 Verträge mit China abgeschlossen, von denen ein Großteil bis heute als geheim eingestuft wurde. Ein Teil der Verträge sind im Außenministerium in Buenos Aires nicht auffindbar. Darunter sind umstrittene Projekte wie der Bau einer chinesischen Weltraumbeobachtungsstation in Neuquén in Südargentinien, bei der lange nicht klar war, ob diese Anlage auch militärischen Zwecken dienen sollte. Zwei Anhänge des Vertrags sind verschollen.

Der aktuelle Präsident Mauricio Macri hatte in seinem Wahlkampf angekündigt, zahlreiche chinesisch-argentinische Projekte zu überprüfen und gegebenenfalls zu stoppen. Macri gilt als liberal-konservativ und dem

Westen zugewandt. Deshalb war erwartet worden, dass es in der China-Politik einen Wandel geben würde. Doch die Frage war, inwieweit Argentinien überhaupt die Möglichkeit hat, sich von China zu emanzipieren – vor allem jetzt, wo der andere mögliche Partner, die Vereinigten Staaten von Amerika, von einem protektionistisch eingestellten Präsidenten Donald Trump angeführt werden.

3.2 Das chinesische Engagement auf dem Prüfstand

Seit Ende 2015 ist Mauricio Macri vom liberal-konservativen Bündnis Cambiemos Präsident Argentiniens. Viele Argentinier setzten große Hoffnungen in Macri, dass er als Präsident in der Wirtschaftspolitik eine Umkehr einleiten würde – weg vom Protektionismus, weg von der internationalen Isolation und auch weg vom Abhängigkeitsverhältnis zu China.

Der Regierungswechsel im Dezember 2015 läutete tatsächlich eine ökonomische Wende ein. Macri machte gleich nach dem Wahlsieg klar, dass er die Beziehungen zu den USA, Europa und Brasilien intensivieren wollte. Macri liberalisierte die Wechselkurse, um ausländische Investoren anzulocken und Exporte anzukurbeln. Er hob die Exportsteuern auf Agrarprodukte auf, um den Handel in Schwung zu bringen. Und er einigte sich mit den US-amerikanischen Hedgefonds im Streit um die Schulden aus der großen Krise 2001, was Argentinien den Wiedereintritt in internationale Finanzmärkte ermöglichte. Für den Politikwissenschaftler Eduardo Daniel Oviedo von der Universität in Rosario hat Macri in Bezug auf die Finanzpolitik äußerst zügig und konsequent gehandelt, mit dem Ziel die Abhängigkeit von chinesischen Krediten zu beenden.

Zwar ist auch Macri – wie seine Vorgängerin – einen umstrittenen Swap-Deal eingegangen. Er nutzte chinesische Devisen als Sicherheit in dem Moment, in dem er den Wechselkurs zum Dollar liberalisierte, aus Sorge, dass der Zentralbank US-Dollar fehlen könnten. Grundsätzlich strebt der Präsident aber eine andere Finanzpolitik an als Kirchner. Er will nach Einschätzung von Oviedo Argentinien zu einer sicheren Investitionsplattform machen, die Kapital aus verschiedenen Ländern anzieht – ähnlich wie Chile es tut. Er will mehr direkte Investitionen und mehr Konkurrenz zwischen Geldgebern. Macri möchte ausländische Unternehmen, die sich in Argentinien ansiedeln, dort produzieren, Arbeitsplätze schaffen und exportieren. „Die Frage aber ist, ob das China ins Schema passt. Denn eigentlich entspricht das überhaupt nicht den Interessen der Volksrepublik“, meint Oviedo. Er verweist auf das Beispiel Chile, wo China vergleichsweise wenige Projekte finanziert, ebenso in Mexiko. China fokussiert sich auf die Hoch-

risikogebiete, wie Venezuela unter Nicolás Maduro oder Argentinien unter den Kirchners. Und China bietet, wie schon angesprochen, wenig direkte Investitionen an, sondern in erster Linie Kredite.

Es gibt in dieser Hinsicht also einen eindeutigen Interessenskonflikt zwischen der chinesischen Führung und dem neuen argentinischen Präsidenten. Inwieweit Macri die Möglichkeit hat, die Spielregeln zu ändern, hängt auch davon ab, inwieweit andere Länder als Geldgeber auf dem Spielfeld erscheinen. Unter dem aktuellen US-Präsidenten Donald Trump sehen die Perspektiven eher düster aus, dass die USA sich stärker in Südamerika engagieren werden. Gleichzeitig ist Macri natürlich bewusst, dass China die zweitgrößte Wirtschaft der Welt ist – und damit eine Quelle für Investitionen und ein wichtiger Markt für argentinische Produkte. Deshalb muss der argentinische Präsident einen Umgang mit diesem Land finden.

Im Wahlkampf hatte er angekündigt, die Beziehungen zu China „normalisieren“ zu wollen. Macri hatte versprochen, dass er eine ganze Reihe von Verträgen, die die Vorgängerregierung abgeschlossen hatte, überprüfen werde. Dazu gehörten auch besonders umstrittene Projekte wie die geplanten Staudämme im Rio Santa Cruz, zwei Atomkraftwerke und eine Weltraumbeobachtungsstation im Süden des Landes. Macri begründete die geplanten Revisionen damit, dass Verträge intransparent zustande gekommen seien. Von zahlreichen argentinisch-chinesischen Projekten sind die Verträge bis heute unauffindbar.

Gleichzeitig suchte Macri auch den Kontakt zu den chinesischen Partnern. Schon im April, knapp fünf Monate nach seinem Amtsantritt, kam es in Washington beim Atomgipfel zu einem Treffen mit dem chinesischen Staatschef Xi Jinping, bei dem Macri die Revision alter Verträge ansprach. Wenige Monate später reiste Macri zum G20-Gipfel nach China und nutzte die Gelegenheit, um erneut über die Zukunft der bilateralen Beziehungen zu sprechen. Die neue Außenministerin Susana Malcorra machte auch ziemlich schnell klar: „Wir können die Bedeutung von China in der Welt nicht abstreiten. Es ist nicht im Sinne Argentiniens, die Beziehungen mit China kaputt zu machen.“

Mauricio Macri machte seinen außenpolitischen Berater Diego Guelar zum neuen Botschafter in Peking: Ein Mann, der als Impulsgeber gilt für die chinesisch-argentinischen Beziehungen. Viele Beobachter sahen darin ein Signal dafür, dass auch Macri den Beziehungen zu China eine Priorität einräumt. Diego Guelar selbst hat in einem Interview mit der Zeitung „Perfil“ klargestellt, dass man die internationalen Abkommen respektieren müsse. „Einige glauben, dass es die USA oder Europa als positives Signal ansehen würden, würden wir unsere Abkommen mit China nicht erfüllen. Aber das Gegenteil ist der Fall. Wer Verträge mit einem Partner bricht, der tut das

auch mit anderen.“ Für Guelar war klar, dass Argentinien berechenbar und glaubwürdig sein muss.

Der Politikwissenschaftler Eduardo Daniel Oviedo von der Universität Rosario ist der Überzeugung, dass der neue Präsident gar nicht viel Spielraum hat, die Beziehungen zu China zu verändern. Denn das Modell von Zentrum-Peripherie ist stabil und gibt den Argentinern nicht viele Möglichkeiten, Forderungen aufzustellen. China hat kein Interesse verarbeitete Produkte aus Argentinien zu importieren. Die Politik der Volksrepublik ist darauf ausgerichtet, den Wert von Waren im eigenen Land zu steigern. Argentinische Mittelständler können aus seiner Sicht in der Regel nicht auf dem internationalen Markt mit ihren Waren konkurrieren. Der Wunsch vieler Argentinier, dass sich das Land industrialisiert, die Wirtschaft stärker wächst und Arbeitsplätze entstehen, wird sich Oviedo zufolge so bald nicht erfüllen.

Argentinien muss sich aus Sicht des Politikwissenschaftlers mit der Position des Rohstoff-Lieferanten vorerst abfinden. Aber das Land versucht unter Macri zumindest die Vielfalt der Agrarprodukte zu vergrößern, die Argentinien nach China liefert. Die Abkommen dafür wurden noch unter der Vorgängerregierung unterzeichnet. Der Handel wurde aber in den Kirchner-Jahren durch Export-Restriktionen ausgebremst. Das hat der neue Präsident verändert. Inzwischen ist der Warenkorb, den Argentinien anbietet, vielfältiger. China importiert nicht mehr nur fast ausschließlich Soja, sondern auch Mais, Gerste, Hirse, Wein, Rindfleisch, Obst, Gemüse und Tabak. Neue Impulse für den Handel mit Agrarprodukten scheinen zurzeit die Haupt-Strategie zu sein, die negative Handelsbilanz zu verbessern.

3.3 Wie sich China aktuell in Argentinien engagiert

Auch 2016 hat China in Argentinien Projekte in Milliardenhöhe finanziert. Allein in den ersten sechs Monaten betrug die Investitions-Summe laut Diego Guelar, der inzwischen argentinischer Botschafter in Peking ist, 25 Milliarden US-Dollar. Wobei der Begriff Investition nur eingeschränkt zutrifft, da es sich, wie schon besprochen, in erster Linie um Kredite handelt. Das Geld ist in erster Linie vorgesehen für den Ausbau der Energieversorgung und der Infrastruktur. Im Folgenden möchte ich ein paar der größten Projekte vorstellen, um eine Übersicht zu bieten, wie China sich konkret engagiert.

Die Wasserkraftwerke im Río Santa Cruz

Über dieses Projekt habe ich zu Anfang ausführlich berichtet, denn es ist zurzeit das meistdiskutierte Bauvorhaben unter chinesischer Führung in Argentinien. Kurz zusammengefasst: Ganz im Süden Argentiniens sollen in dem Fluss Río Santa Cruz zwei große Staudämme errichtet werden. Die Investitionssumme der Chinesen beträgt etwa fünf Milliarden Euro. Die Kraftwerke sollen eine Potenz von 1.350 MW haben. Dieses Projekt ist für viele Provinzpolitiker in Santa Cruz ein Symbol für Aufbruch, sie erhoffen sich eine wachsende Industrialisierung der Region. Umweltschützer wollen den Bau stoppen, weil sie unkalkulierbare Folgen für Gletscher, Natur und Tiere fürchten. Unter der neuen Regierung von Mauricio Macri gab es Ansätze, den Bau zu stoppen. Jedoch drohte China dann mit hohen Ausgleichszahlungen und damit, ein anderes wichtiges Projekt platzen zu lassen – den Ausbau der Güterstrecke Belgrano Cargas. Zwischen den beiden Projekten – Staudämme und Bahnstrecke – war zuvor eine Cross-Default-Klausel festgelegt worden. Im Endeffekt wurden die Kraftwerksverträge mit den Chinesen überarbeitet. So wurde die Zahl der Turbinen von elf auf acht reduziert, um Schäden für die Gletscher in der Region zu verhindern. Dafür sollte die Region an das Hochspannungsnetz angeschlossen werden. Das Projekt bleibt aber umstritten, weil die von der Baufirma in Auftrag gegebene Umweltstudie aus Sicht vieler Experten Mängel aufweist. Außerdem gibt es im Zusammenhang mit dem Wasserkraftwerksprojekt zahlreiche Hinweise auf Korruption. So wurden die Verhandlungen sehr intransparent geführt, zwielichtige Vertraute der Kirchner-Regierung waren an den Verhandlungen beteiligt, einer sicherte sich kurz vor Vertragsabschluss Ländereien, die dann vom Staat zurückgekauft werden mussten, weil sie Überflutungsgebiet werden sollen. Das Kraftwerk ist aus Sicht von Experten überbewertet und möglicherweise auch mit Blick auf die Energiegewinnung ineffizient.

Die Atomreaktoren Atucha III und IV

In Zárate in der Provinz Buenos Aires befindet sich bereits ein Atomkraftwerk. Das soll mit chinesischer Hilfe um zwei Reaktoren erweitert werden. Die Verhandlungen laufen noch. Es ist von Investitionen in Höhe von 12 Milliarden Euro die Rede. Ziel ist es, die Stromversorgung in Argentinien, insbesondere im Ballungsraum Buenos Aires, zu verbessern. In der Hauptstadt kommt es vor allem im Sommer, wenn die Bewohner vermehrt Klimaanlage, Kühlschränke und Ventilatoren benutzen, immer wieder zu Stromausfällen.

Belgrano Cargas

China erneuert und erweitert die Güterverkehrsstrecke Belgrano Cargas, die den Norden Argentiniens mit den Häfen am Atlantik verbindet. Hier beträgt die Investitionssumme 2,7 Milliarden Euro. Das Projekt soll das Sojageschäft ankurbeln, da so größere Mengen einfacher transportiert werden können. Einige Experten vermuten, dass damit auch das Sojaanbauggebiet erweitert werden soll, in dem neue Areale erschlossen werden. Das könnte aus Sicht der Umweltschutzexpertin Ana Álvarez dramatische Folgen für die Wälder in der Region Chaco haben. Schon jetzt ist Argentinien nach Brasilien eines der Länder, mit dem höchsten Verlust an Urwald. Außerdem wird die seit Jahren sich ausbreitende Soja-Monokultur in Argentinien inzwischen von vielen Menschen kritisch gesehen. Hintergrund ist der hohe, manchmal unprofessionelle Einsatz des Herbizids Glyphosat, das in kurzer Zeit nahezu alle Pflanzen auf Böden abtötet und Felder damit auf den Sojaanbau vorbereitet. Diese Technik führt zu einer Verödung der Landschaft. Außerdem steht Glyphosat im Verdacht, Krebs auszulösen.

Die Weltraumbeobachtungsstation in Neuquén

Über die Satelliten-Basis wurde in Argentinien sehr heftig diskutiert, insbesondere nach einer Reportage des landesweit bekannten Enthüllungsjournalisten Jorge Lanata im Juni 2015. Seine Sendung „Periodismo para todos“ führte den Argentinern vor Augen, dass ein großer Teil dessen, was auf diesem Gelände passieren wird, unbekannt ist. Die Basis wurde unter der damaligen Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner aufgebaut, die Verträge galten jedoch als geheim, zum Teil auch als verschollen. Die Station sollte geführt werden von dem staatlichen chinesischen Unternehmen Satellite Launch and Tracking Control General, das zum chinesischen Militär gehört. Das löste die Sorge aus, dass China die Anlage nicht nur für zivile, sondern auch militärische Zwecke nutzen möchte. Das Versprechen des neuen Präsidenten Mauricio Macri, einige der unter Kirchner mit den Chinesen vereinbarten Verträge, zu überprüfen, bezog sich insbesondere auch auf die Weltraumbeobachtungsstation. Im Frühjahr 2016 erreichte die neue argentinische Regierung die Einwilligung der Chinesen, dass dem Vertrag eine neue Klausel hinzugefügt wird – nämlich, dass die Station nur für „zivile und friedliche Zwecke“ genutzt wird. Die Anlage soll im März 2017 eröffnet werden.

4. Aussichten für die chinesisch-argentinischen Beziehungen

Die Experten, mit denen ich gesprochen habe, waren sich einig: Die Beziehungen zu China sind aus argentinischer Sicht nicht optimal, aber sie sind wichtig. China und Argentinien sind keine Partner auf Augenhöhe. China definiert das südamerikanische Land im Bereich Handel in erster Linie als Rohstofflieferant – eine Position von der die argentinische Politik eigentlich weg will. Allerdings haben die Argentinier in Verhandlungen wenig Druckmittel.

Der Politikwissenschaftler und China-Experte Eduardo Daniel Oviedo fordert seine Landsleute dazu auf, realistisch zu sein. Er meint, dass Argentinien nur sehr begrenzte Möglichkeiten hat, die Spielregeln mit China zu ändern – die Optionen, die es gibt, solle die Regierung allerdings nutzen. Wichtig erscheint ihm, dass Argentinien versucht, das Außenhandelsdefizit zu verringern. Dabei müsse man sich aber von dem Wunsch verabschieden, in Zukunft wegzukommen von der Position des Rohstofflieferanten und mehr verarbeitete Waren zu exportieren.

Das ist aus Oviedos Sicht keine realistische Vision. Denn nur sehr wenige mittelständische Unternehmen in Argentinien hätten die Stärke, auf dem internationalen Markt zu konkurrieren und nach China zu exportieren. „Für mich ist die einzige Möglichkeit, dieses Defizit zu verringern, auch andere Rohstoffe zu exportieren“, sagt Oviedo. Der aktuelle Präsident sei da auf dem richtigen Weg und müsse den konsequent weitergehen.

Im Bereich der Investitionen muss Argentinien beobachten, wie sich die Weltlage verändert – wie es in den Vereinigten Staaten weitergeht, welche Entwicklung die Europäische Union nimmt. Dann wird sich zeigen, ob andere Staaten sich wieder stärker in Südamerika engagieren wollen und in Konkurrenz treten zu China.

Der Politikwissenschaftler Oviedo erwartet aber, dass sich das Auftreten Chinas als Finanzierer und Investor in den nächsten Jahren verändern wird. Schon jetzt gebe es Anzeichen dafür, dass chinesische Manager, Beamte und Politiker feststellen, dass Aspekte wie Umweltschutz und Transparenz eine große Rolle spielen – in China selbst, aber auch bei Projekten im Ausland – und das es sinnvoll sein kann, diese Faktoren zu berücksichtigen.

Ähnliche Beobachtungen hat auch Paulina Garzón gemacht. Sie ist eine ecuadorianische Umweltwissenschaftlerin und leitet an der American University in Washington D.C. die chinesisch-lateinamerikanische Initiative für nachhaltige Investitionen. Mit ihr habe ich per Skype gesprochen. Sie beobachtet in China eine wachsende Besorgnis in Hinsicht auf Umweltschutzthemen. Anzeichen seien jüngste Äußerungen hoher Funktionäre zum Thema Kohlendioxid, Chinas Auftreten bei den Pariser Klimaverhandlungen und

auch konkrete Pläne der Volksrepublik, den Schadstoffausstoß zu minimieren. Ausgelöst wurde das Umdenken durch Erfahrungen im eigenen Land. In der Vergangenheit setzte China laut Garzón auf enormes Wachstum, das auf Kosten der Umwelt geht. Die Folgen bekommen die Chinesen zu spüren: Extremer Smog in den Großstädten, vergiftete Flüsse, Agrar-Skandale. Das Thema Umweltschutz sorgt für große Proteste in China. Das ist aus Sicht von Garzón die größte Motivation für die chinesische Führung, neue Schritte einzuleiten.

So hat die chinesische Volksbank, eine Art Zentralbank, vor einiger Zeit mit den Vereinten Nationen zusammen eine Reihe von Regulierungen erarbeitet, um klarere Richtlinien zu definieren, wie bei Finanzierungen der Umweltschutz berücksichtigt werden muss. Das bezog sich zunächst auf Projekte im Inland. 2015 hat die Volksrepublik ihr Umweltgesetz geändert. Zum ersten Mal ist es möglich, aufgrund von Sammelklagen Prozesse wegen Umweltzerstörung zu eröffnen. Kommunen, die von Umweltverschmutzung betroffen sind, haben zum ersten Mal das Recht auf Zugang zu Informationen. „Innerhalb Chinas passieren interessante Dinge. Und das wirkt sich auch auf Chinas Engagement im Ausland aus“, sagt Garzón.

Denn in den letzten Jahren hat China gemerkt, dass Defizite bei den Themen Umwelt, Transparenz und Einbeziehung der lokalen Bevölkerung auch Projekte im Ausland schwierig machen können. Ein Beispiel sei die Kupfer-Mine Las Bambas in Peru, wo es jahrelang massive Proteste gegeben hat. Menschen wurden verletzt und kamen ums Leben, die Provinzregierung musste den Notstand ausrufen. Der Konflikt hatte für chinesische Firmen große finanzielle Verluste zur Folge. Paulina Garzón räumt ein, dass China noch weit davon entfernt ist, im großen Stil grün und nachhaltig zu investieren. Aber ein Umdenken hat eingesetzt.

Das ist auch die Einschätzung von Daniel Eduardo Oviedo. Er meint, dass China in Bezug auf Argentinien in eine zweite Investitionsphase eingetreten ist, in der Lernprozesse eingesetzt haben. „Viele chinesische Firmen hatten vor ein paar Jahren noch gar keine internationale Erfahrung. Sie lernen jetzt nach der Methode ‚try and error‘“. Aus ersten Versuchen, in denen Fehler passiert sind, habe China gelernt, ökologische und soziale Aspekte zu berücksichtigen. Oviedo meint, dass die Volksrepublik in Zukunft versuchen wird, zu verhindern, in konfliktreiche Firmen oder Projekte zu investieren.

Die Wirtschaftswissenschaftlerin Garzón merkt auch bei ihrer täglichen Arbeit, wie in China die Bereitschaft wächst, sich mit ökologischen und partizipativen Aspekten auseinanderzusetzen. Garzón erzählt, dass bei ihr, als Leiterin einer Initiative für nachhaltige Investitionen, seit einiger Zeit vermehrt Beamte und Wissenschaftler aus China anrufen, um sich zu informieren und in einen Dialog zu treten. Die Asiatische Infrastruktur-Investi-

tionsbank hat im Jahr 2016 Schutzmaßnahmen für Umwelt und Gesellschaft implementiert. In dieser neu gegründeten und sehr einflussreichen Bank hat nach Einschätzung von Garzón ganz klar China das Sagen – das Land hat quasi Vetorecht. Das Institut finanziert zahlreiche Projekte in Asien. „China hat wirklich dafür gesorgt, dass es in dieser Bank Schutzmaßnahmen gibt, die den Namen verdienen. Das ist bemerkenswert“, sagt Garzón.

Sie fordert die lateinamerikanischen Länder auf, diese Entwicklung zu beobachten und daraus zu lernen. Denn aus ihrer Sicht ist es möglich, bei chinesischen Banken mehr Verantwortungsbewusstsein für ökologische und demokratische Prinzipien zu wecken. Dafür müsse Lateinamerika aber über Rechte und Möglichkeiten Bescheid wissen. Daran mangelt es aus ihrer Sicht häufig.

Die Politikwissenschaftlerin und Harvard-Absolventin hat deshalb im Februar 2015 ein Handbuch herausgegeben. Es ist ein übersichtlich gestaltetes Heft von 83 Seiten. Auf dem Titel steht: „Juristisches Handbuch über soziale und ökologische Richtlinien Chinas für Kredite und Investitionen im Ausland – ein Leitfaden für lokale Gemeinden.“

In dem Heft erklärt die Politikwissenschaftlerin knapp und verständlich, was Gemeinden von China einfordern können: Sie listet auf, welche Umweltschutz-Richtlinien chinesische Banken implementiert haben. Sie geht auf einzelne Bereiche ein wie Schutz von Wäldern, Eigentumsrechte und Sozialstandards im Bergbau. Außerdem fasst sie alle wichtigen Ansprechpartner zusammen: Chinesische Banken, Nichtregierungsorganisationen und Medien. In ihrer Einleitung schreibt Paulina Garzón: „China diktiert die Regeln, wie lateinamerikanische Regierungen das geliehene Geld investieren. Die Anweisung Chinas lautet im Kern, die Kredite dafür zu nutzen, für die Projekte chinesische Firmen, Teams und Arbeiter zu beauftragen.“ Diese Maßnahmen hätten dann aber Auswirkungen auf das Leben tausender Lateinamerikaner, schreibt Garzón. Besonders betroffen seien Bauern und Indigene. Oft würden die Ressourcen der Länder ausgebeutet, die Umwelt geschädigt. Die Nachhaltigkeitsexpertin schreibt, dass dieses Handbuch das Ziel hat, „Kommunen und gesellschaftlichen Organisationen praktisches Werkzeug an die Hand zu geben, das es ihnen erlaubt, den staatlichen chinesischen Banken und Unternehmen mit einer umfassenden Strategie entgegenzutreten, die eigenen Rechte und Böden zu verteidigen.“

Ähnlich lauten auch die Forderungen der argentinischen Umweltstiftung FARN, Fundación Ambiente y Recursos Naturales. María Marta di Paola, die Wirtschaftsexpertin bei FARN ist und sich intensiv mit den Beziehungen zu China befasst, sagt, dass es sinnvolle Richtlinien und Gesetze gebe, um die Umwelt zu schützen, Argentinien diese aber missachte. Das betreffe argentinische Gesetze, wie im Falle der Wasserkraftwerke in Santa Cruz die

Gesetze zum Schutz der Gletscher. Da sei es von Anfang an klar gewesen, dass nach einer Revision des Projekts auch eine neue Umweltstudie angefertigt werden müsse. Die argentinischen Autoritäten hätten dem aber nur sehr widerwillig zugestimmt. Di Paola bezieht ihre Kritik aber auch auf Richtlinien chinesischer Banken für Investitionen – auch wenn diese oft freiwillig seien. Die argentinische Seite würde häufig nicht einmal die Einhaltung einfordern. Mitarbeiter der Organisation haben selber versucht, sich mehr einzubringen und sind letztes Jahr nach Peking geflogen, um sich dort mit chinesischen Autoritäten zu treffen. Aus der politischen Führung wollte sich niemand mit di Paola und ihren Kollegen treffen. Die 33-Jährige sieht die Reise trotzdem als einen Erfolg an. Denn sie habe dort chinesische Umweltaktivisten getroffen und der Austausch sei sehr sinnvoll gewesen. So habe sie erfahren, dass Umweltaktivisten in China sehr viel vorsichtiger vorgehen würden als sie es aus Argentinien gewohnt sei. Die Forderung ein Projekt zu stoppen, sei bei Aktivisten dort indiskutabel. Das Ziel sei stets mehr Transparenz und die Option, Einfluss zu nehmen. „Es war interessant zu sehen, dass unser Auftreten in China als sehr hart und ungehobelt empfunden wurde“, erzählt di Paola.

Außerdem meint die FARN-Mitarbeiterin, dass es für Umweltschutzorganisationen in Argentinien schwierig sei, Projekte mit ausländischer Beteiligung zu überwachen. Da Argentinien ein föderaler Staat ist, liefen einige Projekte auf Provinzebene ab, andere auf nationaler. Wenn nationale Ministerien involviert seien, sei es viel einfacher an Informationen zu gelangen als wenn Provinzbehörden Auskunft geben müssten. Die Umweltschützerin ist sich sicher, dass die chinesischen Investitionen weitergehen werden – und das sei auch nicht unbedingt negativ. „Aber wir wollen, dass sie nachhaltig sind. Wir wollen nicht weiter die Kornkammer der Welt sein. Wenn wir schon Lithium an China verkaufen, muss wenigstens hier Arbeit entstehen – auf längere Sicht. Wir können nicht immer nur Rohstoffe liefern.“ Argentinien muss aus Sicht von FARN in einigen Bereichen selbst das Ruder übernehmen – zum Beispiel auch im Energiesektor. Die Umweltstiftung hat den Eindruck, dass der Ausbau der Energie-Infrastruktur wenig Struktur hat – sich stark an den Finanzierungsangeboten und damit auch an den Interessen der chinesischen Seite orientiert. Argentinien brauche einen nationalen Energie-Entwicklungs-Plan, meint María Marta di Paola. Die Regierung müsse sich genau überlegen, wie die Energieversorgung in den nächsten Jahren verbessert werden soll, welche Kraftwerke es brauche, welche Ressourcen das Land zur Verfügung stellt und wie der Ausbau finanziert werden kann.

Oviedo und Garzón sagen beide: Die Argentinier müssen in Bezug auf Chinas Engagement ihre Rechte und Spielräume kennen und sie müssen lernen, produktiv mit Chinesen zu verhandeln – denn auch da gebe es noch

große Defizite. Voraussetzung für eine erfolgreiche Verhandlungstaktik ist, dass man sein Gegenüber kennt – etwas weiß über Arbeitskultur, Hierarchien und Sprache.

4.1 Wir müssen China besser Kennenlernen

An diesen Punkt – der Auseinandersetzung, dem Kennenlernen, dem Verstehen der chinesischen Kultur – setzt Néstor Restivo an. Er ist Journalist, 56 Jahre alt, war 26 Jahre lang Wirtschaftsredakteur bei der großen Tageszeitung Clarín und hat heute unter anderem eine Radiosendung zu außenpolitischen Themen. Restivo ist Autor des Buches „Todo lo que necesit as saber sobre China“ (zu Deutsch: Alles, was Sie über China wissen müssen), das 2015 auf dem argentinischen Markt erschienen ist. Und er gibt alle drei Monate ein Magazin heraus. „Dang dai“ (zu Deutsch: Geschenk) heißt es und soll den Argentinern China näher bringen.

Er hat vorgeschlagen, dass wir uns in der legendären „Bar Brit nico“ in dem beschaulichen Stadtteil San Telmo treffen. Es ist ein Traditions-Café, das seit fast 90 Jahren existiert und sieben Tage die Woche, 24 Stunden am Tag aufhat. Es ist Vormittag: Die Gäste lesen Zeitung und frühstücken Milchkaffee und Medialunas, die typischen argentinischen Hörnchen. In dieser Bar haben berühmte argentinische Schriftsteller Romane geschrieben, hier wurden Filme gedreht und es war auch lange Zeit Treffpunkt der Briten in der Stadt – deshalb der Name. Nach dem zweiten Weltkrieg versammelten sich hier regelmäsig ehemalige britische Soldaten, später kamen auch Arbeiter des britischen Verkehrsunternehmens Great Southern Railway dazu. Die Zeit, in der Briten oder Europäer generell das Leben in Argentinien prägten, ist aber aus Sicht von Néstor Restivo vorbei. Das 21. Jahrhundert, da ist er sich sicher, steht im Zeichen Asiens – insbesondere Chinas.

Ihm sei das klar geworden in seiner Arbeit als Wirtschaftsredakteur, erzählt er. China sei auf dem Weg zur gr o ten Wirtschaftsmacht und davon müssen auch Argentinier profitieren. Noch sei das zu wenig der Fall, meint der Journalist. Seine Kritik geht in eine ähnliche Richtung wie die der Wirtschaftswissenschaftler Eduardo Daniel Oviedo und Paulina Garz n. Die Beziehungen zwischen China und Argentinien seien asymmetrisch. China gebe den Rahmen vor und Argentinien versuche sich darin einzurichten.

Ein Grund dafür ist laut Restivo, dass die argentinische Seite oft nicht qualifiziert genug ist, um mit chinesischen Managern oder Beamten zu verhandeln. „Ich kenne Leute, die die Verträge der Wasserkraftwerke von Santa Cruz ausgehandelt haben. Die sind schier verrückt geworden“, erzählt

der Journalist. Oft habe es nur einen Übersetzer gegeben, was die Verständigung schwierig gemacht habe. Vor allem aber hätten die Argentinier oft nicht gewusst, wie die Aussagen von Chinesen zu interpretieren seien. Sie hätten sich im Nachhinein darüber gewundert, was in den Verträgen stand. „Die Chinesen sind wahnsinnig geschult darin, hart zu verhandeln. Das läuft bei denen wie geschmiert“, sagt Restivo. Die Chinesen, die in Argentinien verhandelten, würden häufig gut Spanisch sprechen und seien auf die Gespräche mit den Südamerikanern vorbereitet. Andersherum sei das nicht der Fall. Es fehle an China-Kompetenz in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. „Wir hier in Lateinamerika hängen hinterher und ziehen deshalb oft den Kürzeren“, sagt Restivo. Natürlich verhandelten auch US-Amerikaner und Europäer hart. China sei aber eine neue Herausforderung, weil deren Denken so anders sei als das von Menschen aus dem Westen. US-Amerikaner, Europäer und Südamerikaner hätten bis zu einem gewissen Grad ähnliche Sichtweisen und Kategorien, meint der Journalist. Sie würden sich verstehen, wenn sie Begriffe wie konservativ, liberal oder progressiv nutzen. Bei China sei das anders.

Auch deshalb hat er „Dang Dai“ gegründet – ein China-Magazin. Er will den Argentinern chinesische Denkweisen und Paradigmen näher bringen. Seit 2010 erscheint das Magazin vier Mal im Jahr. Die Themen reichen von der Bedeutung von Disziplin im chinesischen Schulsystem, über die Beziehungen des Papstes zur chinesischen Führung bis hin zu einem Porträt über eine chinesisch-argentinische Popsängerin. Es gibt politische Analysen, Besprechungen von Ausstellungen, Interviews mit Diplomaten oder Wissenschaftlern.

Das Magazin ist einzigartig in Lateinamerika, behauptet der Herausgeber. Denn „Dang Dai“ ist unabhängig, gehört also weder zur argentinischen noch zur chinesischen Regierung. Die großen Anzeigenkunden sind allerdings unter anderem chinesische Banken und das Konfuzius-Institut – die eng verbunden sind mit dem chinesischen Staat oder ihm sogar direkt unterstellt. Unterstützung kommt auch von der binationalen Handelskammer und von der Stadtverwaltung von Buenos Aires. So einfach ist es also nicht mit der Unabhängigkeit in der Privatwirtschaft. Es finden sich allerdings tatsächlich auch ein paar kritische Artikel in der Publikation – zum Beispiel über Zensur in China. Größtenteils haben die Blattmacher allerdings das Ziel, Interesse zu wecken für China und den Austausch zwischen der Volksrepublik und Argentinien zu fördern. Daraus machen sie kein Geheimnis. Deshalb liegt der Schwerpunkt in einer neutralen und neugierigen Berichterstattung.

Das Team besteht aus Journalisten mit China-Affinität. Viele sprechen Mandarin, einige haben eine Zeit lang in China gelebt und oft schreiben sie

ohne Bezahlung für „Dang Dai“. Viel Umsatz macht das Magazin nicht, die Auflage ist gering. Das Magazin kursiert größtenteils in argentinisch-chinesischen Organisationen, wie der Industrie- und Handelskammer Argentinien-China, dem Konfuzius-Institut, argentinischen Universitäten und auch in der argentinischen Botschaft und Konsulaten in China.

Dass die Argentinier die Chinesen besser kennenlernen müssen, um die Zukunft der argentinisch-chinesischen Beziehungen im eigenen Sinne mitzugestalten, sieht auch der Wirtschaftswissenschaftler Eduardo Daniel Oviedo so. Ein entscheidender Faktor sei die Sprache. Er selbst spricht Mandarin, arbeitet auch als Übersetzer für Spanisch und Chinesisch. Wie Mandarin in Argentinien – und auch in anderen Ländern – größtenteils gelehrt wird, sieht er jedoch kritisch. Der Grund ist die Dominanz der Konfuzius-Institute. Sie bestimmen den Markt für Chinesischkurse in Argentinien, sind aber aus Sicht von Oviedo problematische Einrichtungen. Die Überorganisation der Konfuzius-Institute ist Hanban, das wiederum zum chinesischen Bildungsministerium gehört. Das heißt, dass die Institute quasi staatliche Einrichtungen sind.

Im Unterschied aber zu vergleichbaren Akademien wie den Goethe-Instituten aus Deutschland oder den Institutos Cervantes aus Spanien siedeln sich die Konfuzius-Institute traditionell an Universitäten an und werden über diese auch mitfinanziert. Im Fall von Buenos Aires heißt das, dass sich das Konfuzius-Institut in der argentinischen Hauptstadt in den Räumen der Universität von Buenos Aires befindet und von dieser zur Hälfte bezahlt wird. Die Universität von Buenos Aires ist eine öffentliche Universität. In der Folge bedeutet das, dass der argentinische Steuerzahler zur Hälfte einen wichtigen Teil der chinesischen Kulturpolitik mitfinanziert.

Warum lassen sich so viele Universitäten weltweit auf diesen Deal ein? Oviedo kann darüber nur spekulieren, vermutet aber, dass die Bildungseinrichtungen auf diese Art und Weise einfach und günstig Chinesisch-Unterricht anbieten könnten. Denn sie müssen sich nicht um Lehrkräfte und Unterrichtsmaterial kümmern. Dieser Deal ist allerdings aus seiner Sicht hochproblematisch, denn die Universitäten geben dadurch ihre Autonomie auf. Und sie geben China die Möglichkeit, auf Einflussnahme im nationalen Bildungssystem.

„Es gibt einen Wissenschaftler von der London School of Economics, der das Thema analysiert hat und ich teile seinen Eindruck. Die Chinesen bekommen durch die Ansiedlung an den Unis einen wichtigen Einfluss.“ Die Folge kann, befürchtet der Wissenschaftler, eine Autozensur der Universität sein, um einen Konflikt mit der Leitung des Konfuzius-Instituts zu vermeiden. Denn solche Fälle habe es schon gegeben: Beispielsweise in Südkorea, Dänemark und den USA. Da seien Konfuzius-Institute geschlossen worden,

weil die Universität Gäste eingeladen habe, die China nicht passten. Die Universitäten begeben sich in die Gefahr, ihre Autonomie aufzugeben, wenn sie sich für Konfuzius-Institute öffnen, meint Oviedo. Es könne passieren, dass eine Universität Forschungsprojekte über China nicht finanziert, wenn es darin um Menschenrechte in China gehe. Möglich wäre, dass die Universität auf bestimmte Veranstaltungen und Gäste verzichtet, die der chinesischen Führung kritisch gegenüber stehen – wie Oppositionelle, der Dalai Lama oder der Chef von Falun Gong.

Oviedo hält das keineswegs für unrealistische Szenarien, denn die Konfuzius-Institute sind aus seiner Sicht ganz klar ein Bestandteil der neuen chinesischen Soft-Power-Strategie. China hat sich vorgenommen, mehr politischen Einfluss zu bekommen. Allerdings nicht mit harten Methoden, wie militärischer Drohung oder wirtschaftlicher Belohnung, sondern auf sanftem Wege – über die Ausbreitung der chinesischen Kultur, Vermittlung von Sprache, Diplomatie und Austausch.

Oviedo meint: „China hat so viele Interessen und so viel Macht, um so viel Einfluss zu nehmen wie die USA. Die Konfuzius-Institute sind nicht so unbedarft, wie viele denken. Über diese Institute versucht China Menschen so auszubilden, dass sie im Sinne Chinas für Firmen arbeiten können.“

Aus Oviedos Sicht wäre es sinnvoll, die derzeitige Präsenz der Konfuzius-Institute zu überdenken. Sie stehen zurzeit in Konkurrenz zu anderen Angeboten an Universitäten, die es zum Teil schwer hätten, sich durchzusetzen und mit niedrigen Teilnehmerzahlen zu kämpfen haben. Außerdem kann China durch die Institute ein Überwachungsinstrument an ausländischen Universitäten installieren und so Einfluss ausüben auf die Ausbildung dort – und das alles in der Regel auch auf Kosten der heimischen Steuerzahler. Für den Wirtschaftswissenschaftler gibt es keine nachvollziehbare Erklärung für dieses System. Er ist der Ansicht, dass die Konfuzius-Institute wie auch die Goethe-Institute oder Institutos Cervantes eigenständige Organisationen sein sollten – mit eigenen Räumen und Budget.

5. Zwischen Supermarkt und Barrio Chino – Chinesisches Leben in Buenos Aires

Bauunternehmer, Bankmanager, Kaufleute – das ist die eine Gruppe Chinesen, die in Argentinien in Erscheinung tritt. Das andere bekanntere Gesicht Chinas, das des Alltagslebens, ist das des Supermarktbesitzers. In Monserrat, in dem Stadtteil von Buenos Aires in dem ich wohne, gibt es in fünf Minuten Laufdistanz etwa zehn chinesische Supermärkte. Der erste liegt direkt gegenüber meines Wohnhauses. Jeden Tag arbeiten dort eine

junge Frau und ein junger Mann. Beide Anfang oder Mitte 20. Sie könnten Geschwister sein oder ein Paar. Vermutlich sind sie noch nicht lange in Argentinien. Wir können diese Fragen nicht klären, weil die beiden fast kein Spanisch sprechen. Aber für den täglichen Einkauf reicht es. Es sind keine Läden für asiatische Spezialitäten, sondern für alles, was Argentinier für ihr tägliches Leben brauchen: Riesige Plastikflaschen mit Wasser, Weißbrot, Aufschnitt, Zigaretten, Katzenfutter, Batterien, Töpfe mit Dulce de Leche, einer karamellartigen Creme, die auf jedes Dessert muss.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln ist in Argentinien fest in chinesischer Hand. Die chinesischen Einzelhändler haben eine eigene Vereinigung, die nach eigenen Angaben in Buenos Aires die Besitzer von mehr als 10.000 Läden vertritt. Die Besitzer und Verkäufer in den Supermärkten sind oft noch nicht lange im Land, junge Leute, ausgewandert aus armen Regionen Chinas, wo sie keine Zukunftschancen für sich gesehen haben. In der Regel sprechen sie kaum Spanisch.

Der letzten Volksbefragung von 2010 zufolge leben in Argentinien etwa 100.000 Chinesen. Inzwischen dürften es aufgrund der Zuwanderung einige Zehntausende mehr sein. Schätzungen, die die eingebürgerten Menschen mit chinesischen Wurzeln und die nicht registrierten Chinesen dazu zählen, gehen davon aus, dass die chinesische Gemeinschaft etwa 300.000 Menschen umfasst. 80 Prozent der chinesischen Minderheit lebt in der Hauptstadt-Region. Im Vergleich zu anderen Migrantengruppen ist diese Zahl der Individuen nicht extrem hoch, allerdings ist die chinesische Minderheit in den letzten Jahren stark gewachsen – sie hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Der Zuzug von Chinesen schwankt nach Angaben der nationalen Statistikbehörde zwar sehr: In einigen Jahren kamen Tausende an, in anderen nur Hunderte. Generell sieht es aber nicht so aus, als würde sich dieser Trend umkehren, dass Argentinien ein beliebtes Ziel chinesischer Auswanderer ist. Die Einwanderungsbehörde im Hafen von Buenos Aires hat inzwischen eine eigene Abteilung für Chinesen eingerichtet – neben der Extraabteilung für Mercosur-Immigranten, also für die traditionell große Gruppe von Bolivianern, Paraguayern und Peruanern, die ins Land kommen.

Ein Großteil der Chinesen in Argentinien kommt ursprünglich aus der Region Fujian im Südosten des Landes. Dort wohnen laut einem Bericht der argentinischen Zeitung „La Nación“ aus dem Jahr 2011 in einigen Dörfern größtenteils nur noch Alte und Kinder. Der Rest ist ausgewandert, ein großer Teil nach Argentinien. Das enorme Wirtschaftswachstum Chinas ist in dieser abgelegenen und von Landwirtschaft geprägten Region nicht flächendeckend angekommen. Deshalb suchen junge Menschen ihr Glück in Südamerika. Bei der Auswanderung helfen Verwandte, die schon in Argentinien

tinien leben und Menschenhändler. Der Menschenhandel zwischen China und Argentinien ist ein großes und bekanntes Problem im Land. Enthüllungsjournalisten haben die Migrations-Routen aufgedeckt, haben darüber berichtet, wie junge Chinesen tausende US-Dollar ausgeben, um unter falschen Versprechungen nach Argentinien gebracht zu werden. Sie glauben, dass sie dort Papiere, Arbeitserlaubnis und einen guten Job finden – in der Regel tritt nichts davon ein. Ein weiteres Problem ist, dass sich offenbar mehrere chinesische Mafia-Gruppen etabliert haben, die Supermarktbesitzer unter Druck setzen. Ein investigativer Bericht der Zeitung „La Nación“ kommt zu dem Schluss, dass es zwischen 2009 und 2014 mehr als 30 Morde an Ladenbesitzern gegeben hat. Die Mafiosi sollen auch im Bereich Menschenmuggel aktiv sein.

Angekommen in Argentinien nehmen viele Chinesen einen spanischen Namen an, um das Zusammenleben zu erleichtern. Aus einem Huang wird ein Juan, aus einer Liu Luisa. Den Mann, den ich an einem sommerlichen Novembertag in Belgrano, im Norden von Buenos Aires, treffe, war einmal ein Xiaron und nennt sich jetzt Hugo. Hugo Wu ist 48 Jahre alt, hat ein Geschäft für Drucke und Werbebroschüren, außerdem ist er Chefredakteur des argentinisch-chinesischen Wochenmagazins „Horizonte Chino“. Anders als das Magazin „Dang Dai“ richtet sich seine Publikation in erster Linie an Chinesen. Das Blatt ist komplett auf Chinesisch, hat eine Auflage von 1.500 Stück und erinnert vom Layout her an ein Anzeigenblatt: Bunt, voll und mit viel Werbung. Die Zeitschrift ist aber thematisch breit aufgestellt. Handel, Wirtschaft, Nachrichten aus Argentinien, chinesisches Leben in Buenos Aires, alles kann vorkommen. Darüber entscheiden die zwei Redakteure. Hugo Wu ist ihr Chef und kümmert sich in erster Linie um das Geschäftliche: Druck und Anzeigen.

Hugo Wu kennt deshalb viele Chinesen in Buenos Aires. Wenn er aus seinem bis unter die Decke mit alten Magazinen vollgestopften Büro hinaus tritt, steht er mitten im Chinaviertel der argentinischen Hauptstadt und wird ständig begrüßt und angesprochen. Viele Chinesen, die im „Barrio Chino“ regelmäßig einkaufen gehen, lesen auch sein Magazin und einige Geschäftsleute schalten darin Anzeigen. Wu ist durch seine Pressearbeit ein Mittler, eine Kontaktperson und wegen seiner guten Spanischkenntnisse inklusive Porteño-Akzent auch ein inoffizieller Sprecher der chinesischen Gemeinschaft.

Dabei sind sein Lebenslauf und vor allem seine Migrationsgeschichte eher untypisch. „Heutzutage kommen Chinesen, weil sie Möglichkeiten für ihre Zukunft suchen. Bei mir war das anders. Ich hatte einen Job in China und wollte eigentlich in den USA studieren. Die meisten Chinesen, die hier leben, haben keine Ausbildung. Für sie ist klar, dass sie in den Einzelhandel

gehen. Ich bin aber Akademiker, ich lese sehr viel“, erzählt Hugo Wu während wir die Straße Arribeño entlang spazieren. Das ist die Hauptstraße des kleinen Chinaviertels von Buenos Aires. Am Anfang steht ein großes Tor mit chinesischen Schriftzeichen. Die Straße ist geschmückt mit roten Lampons. Es reiht sich Supermarkt an Garküche an Supermarkt an Restaurant. Hier im Viertel sind es allerdings keine normalen Supermärkte, sondern Läden für chinesische Produkte. Kaum ein Chinese lebt in diesem Viertel, sie sind auf das gesamte Stadtgebiet verstreut. Aber fast alle kommen regelmäßig hier ins Viertel, um einzukaufen und zu essen. „Essen ist für uns Chinesen sehr wichtig“, sagt Hugo Wu und mehrmals die Woche muss es bei ihm auch chinesisches Essen sein. Deshalb macht er oft hier in dieser Straße in einem der vielen Restaurants Mittagspause. „Ich mag aber auch das argentinische Essen. Asado, gegrilltes Rindfleisch.“ Ab und zu trinkt er auch Mate, obwohl er findet, dass die Zubereitung dieses südamerikanischen Traditionsgetränks sehr aufwendig ist. Am Ende landet er doch oft bei normalem schwarzen oder grünen Tee. Hugo Wu betont, dass er sich in vielen Bereichen schon sehr an die Lebensweise der Argentinier angepasst hat. Sogar an das späte Abendessen und die südamerikanische Unpünktlichkeit habe er sich gewöhnt, sagt er lachend.

Wu stammt wie die meisten Chinesen in Argentinien aus der Region Fujian, eine der wenigen Dinge, die er mit der Mehrheit gemeinsam hat. Ansonsten ist seine Geschichte eher ungewöhnlich: Hugo Wu war in China nicht ohne Perspektive, ist nicht nach Argentinien gekommen, um Zukunftschancen zu haben und vielleicht einen Laden zu eröffnen – oft die einzige Möglichkeit für neu eingewanderte Chinesen, etwas Geld zu verdienen. „Da tun sich oft ganze Familien zusammen“, erzählt Wu, der viele Supermarktbesitzer persönlich kennt. „Da werden auch Verwandte in China gebeten, Startkapital dazuzugeben, um Kühlschränke und Lebensmittel zu kaufen.“ Dann wird ein günstiger Raum gemietet. Und für den Verkauf von Lebensmitteln sind auch nicht viele Spanischkenntnisse nötig, da sich im Supermarkt Kunden selber bedienen, die Kommunikation mit den Kunden beschränkt sich in der Regel auf das Gespräch beim Bezahlen. Einem Bericht der argentinischen Zeitung „La Nación“ zufolge eröffnen jeden Monat etwa 20 neue Supermärkte. Dazu kommen zahlreiche Garküchen, die in chinesischer Hand sind. Auch für die neu Eingewanderten, die Supermärkte eröffnen wollen, macht Hugo Wu sein Magazin. Denn die Zeitschrift enthält auch regelmäßig Tipps für die Geschäftsgründung und Informationen über das Leben der chinesischen Minderheit in Buenos Aires.

Das ist aber nicht die berufliche Welt des 48-jährigen Hugo Wu. Er hat in China Bio-Chemie studiert, in einem Pharmaunternehmen gearbeitet und genügend Geld verdient zum Leben. Er kam der Liebe wegen nach Buenos

Aires. Die Eltern seiner Frau waren schon nach Argentinien gegangen, sie wollte auch dort leben. Er zog ihr hinterher. 1995 war das. Im nächsten Jahr wurde ihr Sohn geboren, noch ein Jahr später die Tochter. Die beiden inzwischen schon erwachsenen Kinder haben keine chinesischen Namen mehr, die übersetzt werden müssen, sondern heißen einfach nur Juan und Celeste. Hugo Wu musste ganz neu anfangen in Argentinien: Spanisch lernen, neu studieren, einen Job finden. Er hatte Glück. Bei vielen seiner chinesischen Bekannten war das anders. Argentinien ist ein instabiles Land, etwa alle zehn Jahre rutscht es in eine Krise, immer wieder kam es auch zu großen Plünderungen – zuletzt beim Staatsbankrott 2001. Viele Supermärkte wurden komplett ausgeräumt, die chinesischen Besitzer hatten von einem Tag auf den anderen ihr komplettes Hab und Gut verloren. Einige sind in der Folge in die USA weitergezogen. Hugo Wu konnte sich in Argentinien etwas aufbauen. Sein Geschäft läuft gut, die Kinder studieren, beide haben argentinische Pässe.

Seine Kinder sind die zweite Generation Chinesen in Argentinien und wie viele dieser Generation sind sie ambitioniert, in der argentinischen Gesellschaft aufzusteigen, einen guten Abschluss zu machen und einen angesehenen Job zu bekommen. Hugo Wu beobachtet diesen Trend bei vielen seiner Bekannten. „Die Kinder werden Ärzte, Anwälte oder sogar Kinoschauspieler. Manche machen Reisebüros auf oder verkaufen Möbel. Einfach nur einen Supermarkt führen, das würde diesem jungen Menschen nicht reichen.“

Eine relativ neue Entwicklung, die Hugo Wu beobachtet, sind die vielen Besucher aus China, die Geschäfte machen wollen in Argentinien oder an großen Projekten beteiligt sind. Es sind die Unternehmer, die Soja-Deals verhandeln oder Ingenieure, die Kraftwerksprojekte überwachen. „Vor 20 Jahren gab es das noch nicht. Da kamen nur Leute, die Arbeit gesucht haben. Jetzt kommen Leute, die Großes vorhaben. Für mein Geschäft ist das natürlich gut.“

Die chinesische Gemeinschaft in Argentinien wächst und sie wird vielfältiger. Da sind die stets nachrückenden neuen Einwanderer, oft arm, ungebildet, die auf der Suche nach einer besseren Zukunft Supermärkte eröffnen. Da sind die Manager, Unternehmer und Ingenieure, interessiert an Projekten und Geschäften. Und da ist die zweite Generation, zählt man die Einwanderer aus Taiwan hinzu, gibt es auch schon eine dritte Generation, die sich oft gut eingefunden haben in die argentinische Gesellschaft und ambitioniert ist, sie mitzugestalten. Es sind nicht viele, aber sie treten immer stärker in Erscheinung, als Anwälte, Geschäftsleute, Ärzte und auch ein paar Journalisten gibt es.

6. Unklare Kosten, fragwürdiger Nutzen – ein Fazit

Du als Deutsche kannst es dir leicht machen, unseren Wunsch nach Fortschritt zu hinterfragen und auf Umweltschutz zu pochen. Diesen Vorwurf habe ich ein paar Mal gehört bei meiner Recherche in Argentinien. Da ist etwas dran. Ich lebe in einem hoch industrialisierten Land. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Tiefstand, der Exportüberschuss auf einem Rekordhoch. Es gibt ein verzweigtes Schienennetz, moderne Autobahnen und ich kann mich nicht erinnern, dass bei mir Zuhause jemals der Strom ausgefallen ist. Unter diesen Umständen kann das strahlende Blau eines unberührten Gletscherflusses viel wertvoller erscheinen als Megawattzahlen.

Dass viele Argentinier eine andere Perspektive haben, kann ich nach meinem Aufenthalt dort gut nachvollziehen. Sie leben in einem Land mit großer Armut, ständigen Stromausfällen und wenig sozialer Absicherung. Umwelt- und Klimaschutz sind Themen, die nur eine Minderheit bewegen. Bessere Infrastruktur und mehr Wohlstand stehen deutlich weiter vorne auf der Prioritätenliste. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass Projekte wie die Wasserkraftwerke in Santa Cruz Hoffnungen wecken und dass sich die Widerstandsbewegung auf ein paar Umweltexperten und engagierte Familien beschränkt.

Problematisch ist aus meiner Sicht die Art und Weise, wie die Ex-Präsidentin Cristina Kirchner und ihr Lager, das seit Jahrzehnten in der Provinz Santa Cruz regiert, das Staudammprojekt vorangetrieben haben. Die Verhandlungen verliefen intransparent, die Umweltverträglichkeitsstudie ist fragwürdig, die Anhörung war offenbar manipuliert. Dazu kommen die Hinweise auf Korruption. Argentinien ist ein politisch extrem gespaltenes Land und gerade das Kirchner-Lager sehr ideologisiert. Da wird ein Projekt zur Stromerzeugung schnell zum „Traum der Santacruzeños“. Eine sachliche Auseinandersetzung über Kosten und Nutzen kommt dabei zu kurz. Bei Gesprächen mit Politikern und Beamten in Santa Cruz hatte ich den Eindruck, dass einige, was die Wasserkraftwerke anging, erschreckend uninformiert und naiv waren. Das hinderte sie aber nicht daran, das Projekt in höchsten Tönen zu preisen – in erster Linie, so mein Eindruck, aus Identifikation mit dem Kirchnerismus. Das zeugt für mich von einem problematischen Politikverständnis. All das sind aus meiner Sicht Einflussfaktoren dafür, dass im Río Santa Cruz vermutlich demnächst ein Kraftwerk entstehen wird, dessen ökonomischer Nutzen fragwürdig und dessen ökologische Kosten unklar sind.

Damit komme ich zu einer wichtigen Erkenntnis meiner Recherche, auch mit Blick auf die Frage, welche Rolle China in Argentinien einnimmt. Aus

meiner Sicht passiert es zu schnell, dass dem mächtigen Partner in dieser Beziehung die alleinige Verantwortung dafür zugeschrieben wird, wie Bauprojekte und Handelsbeziehungen gestaltet werden. Ohne Frage ist die Volksrepublik eine Supermacht, deren Vertreter geschickt verhandeln und versuchen, eigene Interessen durchzusetzen – unter Umständen auch zum Nachteil Argentiniens. Der Fall der Wasserkraftwerke zeigt aber, dass so ein Vorhaben auch stark davon abhängt, mit welchem Selbstverständnis politische (und auch wirtschaftliche) Akteure auftreten und wie gut sie vorbereitet sind. Auch in China wächst offenbar, wenn auch zaghaf, das Bewusstsein für ökologische und soziale Fragen im Zusammenhang mit Großprojekten. Wenn die Argentinier wollen, dass ihr Land sich in Zukunft nachhaltiger entwickelt, liegt es auch an ihnen, das von chinesischen oder anderen ausländischen Geldgebern und Bauherren einzufordern.